ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Boysen-Hogrefe, Jens et al.

Article

Deutsche Wirtschaft im Herbst 2022 - Konjunktur auf Entzug

Kieler Konjunkturberichte, No. 95

Provided in Cooperation with:
Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boysen-Hogrefe, Jens et al. (2022) : Deutsche Wirtschaft im Herbst 2022 - Konjunktur auf Entzug, Kieler Konjunkturberichte, No. 95, Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel), Kiel

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/264555

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KIEL INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT

KIELER KONJUNKTUR-BERICHTE

Deutsche Wirtschaft
im Herbst 2022

Abgeschlossen am 08. September 2022

Nr. 95 (2022|Q3)

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg

Forschungszentrum
Konjunktur und Wachstum

INHALTSVERZEICHNIS

Konjunktur auf Entzug

Monetäre Rahmenbedingungen verschlechtern sich leicht 6

Finanzpolitische Expansion geht in die Verlängerung 8

Bruttowertschöpfung: Deutsche Wirtschaft rutscht in die Rezession 10

Neuer Gegenwind für den Außenhandel 12

Heimische Absorption im Abwärtssog 15

Verbraucherpreise steigen weiter kräftig 20

Löhne legen nominal sehr kräftig zu, sinken aber real 22

Erwerbstätigkeit überschreitet Zenit 23

Öffentliche Haushalte verharren im Defizit 25

Risiken und Wirtschaftspolitik 29

Literatur 38

Tabellenanhang 39

Kasten 1:
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022 33

Kasten 2:
Zum Einfluss der jüngsten Gas- und Strompreisanstiege auf die Verbraucherpreise ... 35

KONJUNKTUR AUF ENTZUG

Jens Boysen-Hogrefe, Dominik Groll, Timo Hoffmann, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Saskia Meuchelböck und Nils Sonnenberg

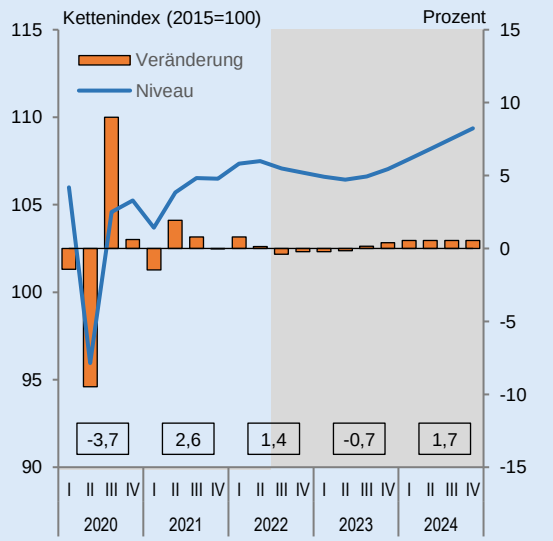
Die deutsche Wirtschaft befindet sich im Abwärtssog. Die jüngsten Preissprünge bei Strom und Gas werden die Kaufkraft der privaten Haushalte spürbar verringern und zu einem Rückgang der privaten Konsumausgaben führen. Zudem werden die seit dem Sommer weltweit eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten nicht nur die Exporte, sondern auch die Investitionstätigkeit merklich dämpfen. Im Ergebnis wird die deutsche Wirtschaft erneut in eine Rezession abgleiten, in einer Phase, in der sie sich gerade von den pandemiebedingten Rückschlägen erholte. In unserer Sommerprognose waren wir noch davon ausgegangen, dass die Auftriebskräfte trotz der Belastungen durch den Krieg in der Ukraine überwiegen würden und das Bruttoinlandsprodukt kräftig steigen würde. Nun rechnen wir für das laufende Jahr nur noch mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 1,4 Prozent (Sommerprognose: 2,1 Prozent). Im kommenden Jahr dürfte es sogar um 0,7 Prozent zurückgehen (Sommerprognose: +3,3 Prozent). Im Jahr 2024, wenn die belastenden Faktoren an Wirkung verlieren, wird das Bruttoinlandsprodukt wohl um 1,7 Prozent steigen. Sofern die Preise für Strom und Gas für längere Zeit hoch bleiben – so wie es sich derzeit abzeichnet – wird die Inflation ausgehend von ihrem Rekordniveau von 8 Prozent im laufenden Jahr voraussichtlich auf 8,7 Prozent im Jahr 2023 steigen, da die Marktpreise für Strom und Gas die Verbraucherpreise erst mit einiger Verzögerung erreichen. Erst im Jahr 2024, wenn die Energiepreise wieder nachgeben, dürfte sich die Inflation deutlich beruhigen. Die Rezession wird auch Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Aufgrund des Fachkräftemangels dürften sie jedoch vergleichsweise gering ausfallen. Die Arbeitslosenquote steigt von 5,3 Prozent im laufenden Jahr auf 5,6 Prozent im kommenden Jahr. Trotz erheblicher Mehrausgaben für das Abfedern der hohen Energiepreise wird sich der Finanzierungssaldo des Staates voraussichtlich kaum verschlechtern, da der hohe Preisauftrieb für Mehreinnahmen sorgt. Der Bruttoschuldenstand in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte sogar von 68,7 Prozent im Jahr 2021 auf 64,6 Prozent im Jahr 2024 zurückgehen, da das nominale Bruttoinlandsprodukt aufgrund des insgesamt hohen Preisauftriebs kräftig steigen wird.

Kasten 1: Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022 S. (33-34)

Kasten 2: Zum Einfluss der jüngsten Gas- und Strompreisanstiege auf die Verbraucherpreise (35 – 37)

Massiv steigende Energiepreise drücken die deutsche Wirtschaft in die Rezession. Die erhebliche Verteuerung von importierten Energierohstoffen – insbesondere von Erdgas – führt hierzulande zu einer drastischen Verschlechterung der Terms of Trade, die mit einem erheblichen Einkommensabfluss in die übrige Welt einhergeht. So erhöht sich die deutsche Energieimportrechnung für fossile Energieträger voraussichtlich um 123 Mrd. Euro in diesem Jahr und um weitere 136 Mrd. Euro im nächsten Jahr. Zudem ließen höhere Erdgaspreise im Zusammenspiel mit Anspannungen auf dem Strommarkt auch dort die Großhandelspreise sprunghaft steigen, was nach und nach auf die Tarife der Endverbraucher durchschlägt. Neben Belastungen für die energieintensiven Industrien führt der massive Energiepreisanstieg insbesondere zu einem erheblichen Kaufkraftentzug bei den privaten Haushalten. Deren Kaufkraft dürfte im kommenden Jahr mit 4,2 Prozent so stark

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

einbrechen wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland und in der Folge – trotz rückläufiger Sparquote – den privaten Konsum bis weit ins kommende Jahr hinein schrumpfen lassen (Tabelle 1). Dementsprechend leidet die ökonomische Aktivität in den konsumnahen Wirtschaftsbereichen. Zwar zehrt die Industrie noch von hohen Auftragsbeständen, die bei nachlassenden Materialengpässen die Produktion stützen. Jedoch haben sich mit dem weltwirtschaftlichen Umfeld die Exportaussichten deutlich verschlechtert, und die schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung trübt das Investitionsklima. Insgesamt dürfte die wirtschaftliche Aktivität bis zur Mitte des Prognosezeitraums leicht rückläufig sein. Damit wird die sonst angelegte Erholungsphase jäh unterbrochen. Die Wucht des konjunkturellen Rückschlags zeigt sich daher vor allem in der Prognoserevision (Kasten 1): So erwarten wir für das laufende Jahr nur noch einen Anstieg des Bruttoinlandsproduktes um 1,4 Prozent (zuvor: 2,1 Prozent) und für das kommende Jahr nunmehr einen Rückgang um 0,7 Prozent (zuvor: Anstieg um 3,3 Prozent, Abwärtsrevision um rund 130 Mrd. Euro). Auch wenn die Wirtschaftsleistung im Jahr 2024 wieder um 1,7 Prozent anziehen dürfte, so liegt sie damit bis zum Ende des Prognosezeitraums deutlich unter dem Niveau, das bislang für Ende 2023 erwartet worden war (Abbildung 1, Tabelle 2).

Tabelle 1:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	-0,4	-0,2	-0,2	-0,1	0,2	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	0,8	0,8	0,1	-0,5	-0.9	-0,9	-0,5	0,1	0,4	0,6	0,6	0,6
Konsumausgaben des Staates	1,8	2,3	-1,5	-0,7	0,0	0,4	0,3	0,2	0,0	0,0	0,2	0,2
Ausrüstungsinvestitionen	1,7	1,1	-1,0	-0,5	0,5	1,0	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
Bauinvestitionen	3,1	-3,4	-1,3	0,1	0,5	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
Sonstige Anlagen	-0,1	0,8	0,3	0,5	0,8	1,0	1,0	1,0	1,2	1,3	1,2	1,2
Vorratsveränderungen	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	1,4	0,7	-0,5	-0,5	-0,4	-0,2	0,0	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6
Ausfuhr	-0,7	0,3	0,2	0,3	0,5	0,6	0,9	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2
Einfuhr	0,4	1,6	0,0	-0,2	0,2	0,5	0,6	0,9	1,1	1,3	1,3	1,3
Außenbeitrag	-0,6	-0,6	0,1	0,3	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Erwerbstätige, Inland	45.411	45.544	45.619	45.652	45.676	45.643	45.577	45.513	45.460	45.438	45.423	45.397
Arbeitslose	2.324	2.336	2.495	2.503	2.520	2.552	2.587	2.611	2.610	2.601	2.570	2.541

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: saisonbereinigt, 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel. .

Tabelle 2:

Statistische Zerlegung der Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes

	2021	2022	2023	2024
Ursprungswerte	2,6	1,4	-0,7	1,7
Kalendereffekt (Prozentpunkte)	0,0	-0,1	-0,2	0,0
kalenderbereinigt	2,6	1,5	-0,5	1,7
Statistischer Überhang	2,2	0,8	-0,3	0,3
Verlaufsrate	1,2	0,3	0,2	2,2

Preisbereinigt, in Prozent; Statistischer Überhang: Jahreszuwachsrate, die sich ergäbe, wenn das Bruttoinlandsprodukt in allen vier Quartalen unverändert bliebe; Verlaufsrate: Vorjahresrate im vierten Quartal auf der Basis saison- und kalender-bereinigter Quartalswerte; Abweichungen bei der Zerlegung rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und Reihe 1.3; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Der sehr kräftige Verbraucherpreisauftrieb ist noch nicht zu Ende. Bislang ist die Verteuerung von Erdgas und Strom auf der Großhandelsebene bei weitem noch nicht vollständig auf der Verbraucherstufe angekommen. Maßgeblich hierfür ist, dass die Versorger die heutigen Lieferungen zuvor auf den Terminmärkten noch zu deutlich günstigeren Konditionen beschafft hatten. Mit den nunmehr deutlich höheren Terminpreisen verteuert sich sukzessive die Beschaffung, die dann an die Verbraucher weitergegeben wird (Kasten 2). Akzentuiert wird die Entwicklung bei den Gasversorgern, deren vereinbarte Bezugsverträge infolge ausbleibender russischer Lieferungen nicht erfüllt werden und nun

an den Spotmärkten zu deutlich höheren Preisen einkaufen müssen. Dieser Effekt wird über die Gasumlage ab diesem Herbst auf alle Verbraucher umgelegt. Insgesamt dürfte die Energiekomponente im Verbraucherpreisindex noch bis weit ins kommende Jahr weiter kräftig aufwärtsgerichtet sein. Nach und nach scheinen höhere Energiekosten im gewerblichen Bereich auch in der Kernrate auf, so dass auch von dieser Seite weiterhin Inflationsdruck besteht. Zudem dominieren zwar derzeit die Energiepreise die Inflationsdynamik, gleichwohl ziehen auch die heimischen Komponenten an. So lag der Deflator der Bruttowertschöpfung zuletzt 5 Prozent über seinem Vorjahreswert und erreichte damit eine Dynamik wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Alles in allem dürften die Verbraucherpreise im laufenden Jahr um 8,0 Prozent zulegen (Tabelle 3). Im weiteren Prognosezeitraum erwarten wir Inflationsraten von 8,7 Prozent (2023) und 3,1 Prozent (2024).

Die Prognose unterliegt erheblichen Markt- und Politikrisiken für die Entwicklung der Energiepreise. Diese Prognose orientiert sich für die Preisentwicklung bei fossilen Rohstoffen und Strom an den jeweiligen Terminpreisen. Diese unterlagen – ähnlich wie die Spotmarktpreise – zuletzt erheblichen Schwankungen. Für den Prognosezeitraum wird der Median der jeweiligen Terminpreise aus dem August zugrunde gelegt. Zugleich ist derzeit noch nicht klar, wie die Politik in die Preisbildung eingreifen wird. Für den Strommarkt wird unterstellt, dass die privaten Haushalte im Schnitt die Hälfte ihrer bisherigen Stromverbräuche zum Durchschnittspreis des laufenden Jahres als „Basisverbrauch“ auch in den kommenden Jahren werden beziehen können und hierzu Produzentenrenten bei Stromerzeugern mit geringen variablen Kosten abgeschöpft werden. Nur die verbleibende Menge muss dann zu Marktpreisen eingekauft werden. Demzufolge liegt die Inflation in unserer Prognose im Jahr 2023 um 1 Prozentpunkt niedriger als ohne die Strompreisbremse. Für die Erdgasversorgung wird im jüngsten Maßnahmenpaket laut Koalitionsbeschluss ebenfalls eine „Preisbremse“ als Möglichkeit benannt. Diese ist aber noch zu unbestimmt, als dass sie in dieser Prognose berücksichtigt werden kann. Mit Blick auf das Kriegsgeschehen in der Ukraine und – damit zusammenhängend – die Handelsbeziehungen mit Russland wird der derzeitige Zustand fortgeschrieben und angenommen, dass die Erdgaslieferungen nicht wieder aufgenommen werden. Eine Gaslücke für industrielle Verbraucher ist gleichwohl ausweislich von Simulationsrechnungen im kommenden Winterhalbjahr unwahrscheinlich (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022). Allerdings stellt sich die Situation für das Winterhalbjahr 2023/2024 kritischer dar, weil dann voraussichtlich die Gasspeicher vor der kalten Jahreszeit weniger gut gefüllt sein werden. Dies spricht dafür, dass die Lage am Gasmarkt weiterhin sehr angespannt bleiben wird.

Pandemiebedingte Belastungsfaktoren verlieren nach und nach an Wirkung. Wir unterstellen, dass die Lieferengpässe allmählich nachlassen, aber die Produktion noch bis in das kommende Jahr hinein belasten. In dem Maße, wie Material reichlicher verfügbar wird, können somit Aufträge zusätzlich abgearbeitet werden, was für sich genommen expansiv wirkt. Wir gehen für die Prognose ferner davon aus, dass die Pandemie nicht zu neuerlichen spürbaren wirtschaftlichen Beeinträchtigungen führen wird. Zwar erhöht sich das Infektionsgeschehen erfahrungsgemäß in den Wintermonaten. Allerdings haben die mit neuen ansteckenderen aber milderen Varianten des Virus verbundenen höheren Fallzahlen zu Beginn des Jahres den privaten Konsum offenbar weniger gebremst als zuvor. Zudem dürfte der private Konsum, bei dem sich das Pandemiegeschehen besonders bemerkbar gemacht hat, nun durch die inflationsbedingt rückläufigen real verfügbaren Einkommen gedämpft werden, so dass etwaige zusätzliche Belastungen durch die Pandemie eine geringere Wirkung entfalten dürften als noch vor einiger Zeit. Die wirtschaftliche Aktivität könnte auch durch Arbeitsausfälle gedrückt werden (Jannsen 2022). So war die Zahl der Arbeitsausfälle im vierten Quartal des vergangenen Jahres erstmals während der Pandemie deutlich erhöht. Im zweiten Quartal ist der Krankenstand (saisonbereinigt) wohl abermals gestiegen. Wir gehen angesichts des wohl durchgehend recht hohen Infektionsgeschehens davon aus, dass der Krankenstand erst im Verlauf des kommenden Jahres auf das normale Niveau zurückkehrt und insofern stützend wirkt.

Tabelle 3:
Eckdatentabelle für die wirtschaftliche Entwicklung 2021–2024

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,4	-0,7	1,7
Bruttoinlandsprodukt, Deflator	3,1	5,3	5,2	2,9
Verbraucherpreise	3,1	8,0	8,7	3,1
Arbeitsproduktivität (Stundenkonzept)	0,9	-0,6	0,1	1,5
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	44.980	45.556	45.601	45.428
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,7	5,3	5,6	5,5
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	-3,7	-1,7	-2,2	-2,1
Schuldenstand	68,7	66,9	65,9	64,6
Leistungsbilanz	7,4	3,8	3,5	4,0

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Arbeitsproduktivität: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Monetäre Rahmenbedingungen verschlechtern sich leicht

Die Europäische Zentralbank hat spät begonnen, ihre Geldpolitik zu straffen, und wird im September einen zweiten Leitzinsschritt vornehmen. Jüngste Signale aus dem Zentralbankrat deuten darauf hin, dass die EZB den Leitzins um 0,75 Prozentpunkte anheben wird. Die EZB kommt unter Zugzwang, da sich die Inflation auf ausgesprochen hohem Niveau verfestigt und die Inflationserwartungen zuletzt gestiegen sind. Hinzu kommt, dass der Euro gegenüber dem US-Dollar zuletzt stark unter Druck stand, auch weil die amerikanische Notenbank ihren Straffungszyklus früher startete und mit großen Zinsschritten vorangeht. Im Juli erhöhte die EZB erstmals wieder ihren Leitzins mit einem Zinsschritt von 0,5 Prozentpunkten. Der entgegen ihrer Kommunikation größere Zinsschritt erfolgte mit der Konkretisierung des Transmissionsschutzprogrammes (Transmission Protection Instrument, kurz: TPI), dass es ihr erlauben wird, steigende Risikoprämien für Staatsanleihen über gezielte Käufe zu adressieren. Insgesamt gehen wir davon aus, dass in diesem Jahr noch drei weitere Zinsschritte erfolgen. Der Hauptrefinanzierungssatz wird demnach am Ende des Jahres 2022 bei 2,25 Prozent liegen (Tabelle 4). Ausweislich der Markterwartungen steigen die Zinsen im Verlauf des Jahres 2023 auf 2,75 Prozent und verharren dort bis zum Ende des Prognosezeitraums.

Die Zinsschritte werden durch das neue TPI-Programm begleitet. Mithilfe des neuen Programms soll eine gleichmäßige geldpolitische Transmission im gesamten Euroraum sichergestellt werden. Falls sich in den Anleihemärkten aus Sicht der EZB nicht fundamental begründete Renditeaufschläge zeigen, darf das Eurosystem dem durch gezielte Anleihekäufe begegnen. Die Aktivierung des Programms, die Definition und das Feststellen von „ungerechtfertigten“ Anstiegen und Fehlentwicklungen im Anleihemarkt obliegt dem Zentralbankrat, ist aber an verschiedene Kriterien geknüpft. Die Länder dürfen sich nicht in einem Defizitverfahren der Europäischen Kommission befinden und dürften weder makroökonomische Ungleichgewichte noch nicht nachhaltige Staatsfinanzen aufweisen. Zusätzlich sollen politische Maßnahmen nicht dem Resilienz- und Aufbauplan zuwiderlaufen. Gerade weil unklar ist, wie sich „ungerechtfertigte“ Anstiege der Renditeaufschläge identifizieren lassen, hat sich der Zentralbankrat durch das Programm zusätzliche Freiheiten zum Kauf bestimmter Anleihen verschafft. Dies dürfte freilich schon ex ante die Renditeaufschläge einhegen. Eine Abkehr vom Kauf nach Kapitalschlüssel zeigt sich auch in der Entwicklung bei den Reinvestitionen im Zuge des pandemischen Ankaufprogrammes, welche flexibel über Länder und Assetklassen wiederverangelegt werden können und als erste „Verteidigungslinie“ gegen steigende Renditeaufschläge bezeichnet werden. Im Juni und Juli 2022 wurden italienische, spanische und griechische Staatsanleihen im Umfang von 10, 6 bzw. 1 Mrd. Euro netto gekauft, während der Bestand an deutschen, niederländischen und französischen Anleihen im Umfang von 15, 3,4 bzw. 1,2 Mrd. Euro zurückgeführt wurde. Im Gegensatz zur amerikanischen Notenbank wird zurzeit auch kein Schrumpfen der Bilanz (quantitative Straffung) beabsichtigt.

Die Finanzierungsbedingungen reagieren bislang auf das gesamtwirtschaftliche Um-

Tabelle 4:
Rahmendaten für die Konjunktur 2021–2024

	2021				2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,25	2,25	2,75	2,75	2,75	2,75	2,75	2,75	2,75	2,75
Langfristige Zinsen	-0,46	-0,28	-0,45	-0,30	0,10	1,05	1,22	1,50	1,50	1,70	1,90	2,10	2,30	2,50	2,50	2,50
US-Dollar/ Euro	1,21	1,21	1,18	1,14	1,12	1,07	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00	1,00
Preisliche Wettbewerbs-fähigkeit	91,5	91,6	91,0	89,8	89,7	88,9	88,0	88,6	89,1	89,3	89,5	89,5	89,2	88,7	88,3	87,8
Exportmärkte	0,6	2,1	1,6	1,1	0,7	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	0,3	0,6	0,7	0,7	0,7	0,7
Rohölpreis	61,0	46,7	70,2	79,7	97,9	112,0	101,0	97,0	95,0	93,0	91,0	89,0	87,0	86,0	85,0	84,0

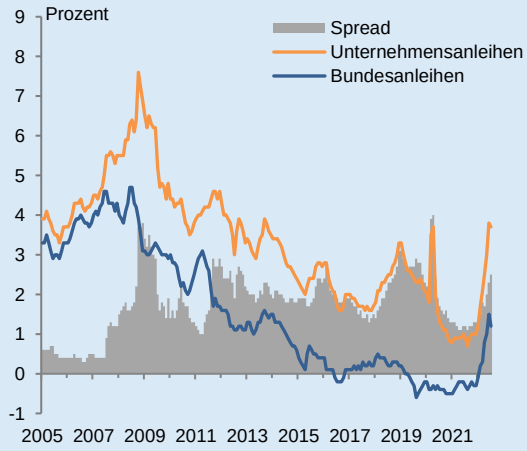
Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz (Quartalsende); langfristige Zinsen: Rendite 9−10-jähriger Bundesanleihen; preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 60 Ländern auf Basis von Verbraucherpreisen, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Exportmärkte: Bruttoinlandsprodukt in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht;* Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; EIA; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

feld stärker als die Leitzinsen. Nachdem zu Jahresanfang die geldpolitische Straffung absehbar wurde, sind die Kapitalmarktzinsen gestiegen. Die Rendite für 10-jährige Staatsanleihen betrug Anfang September 1,6 Prozent. Sie war seit Anfang des Jahres von -0,12 Prozent auf 1,5 Prozent im Juni gestiegen, doch hatte sich im August vorübergehend auf 1 Prozent zurückbewegt. In ähnlicher Weise haben sich die Renditen von inländischen Unternehmensanleihen entwickelt. Sie lagen Anfang September bei 4 Prozent gegenüber 1,2 Prozent zum Jahresanfang (Abbildung 2). Der Aufschlag gegenüber Bundesanleihen mit einer vergleichbaren Laufzeit liegt aktuell bei 2,5 Prozentpunkten und hat sich somit seit Jahresanfang rund verdoppelt. Eine Verteuerung der Finanzierungsbedingungen zeigt sich auch bei Krediten an den Privatsektor. Die Zinsen für Wohnungsbaukredite beliefen sich im Juni auf 2,5 Prozent und stiegen somit um rund 1 Prozentpunkt seit Jahresbeginn (Abbildung 3). Dies trifft auch auf Unternehmenskredite mit einem Volumen über 1 Mill. Euro zu, die im Juni bei einem Zins von 2,4 Prozent lagen, rund 1 Prozentpunkt mehr als zu Jahresbeginn. Vor dem Hintergrund einer Fortschreitenden geldpolitischen Normalisierung dürfte der Zins auf 10-jährige Bundesanleihen bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 2,5 Prozent steigen.

Die Kreditexpansion setzt sich mit kräftigen Raten fort. Im Juli legte vor allem das Volumen der Unternehmenskredite mit rund 9,2 Prozent kräftig zu (Abbildung 4). Die Expansion hat sich schon im Juni auf 8,4 Prozent beschleunigt und

Abbildung 2:
Kapitalmarktzinsen



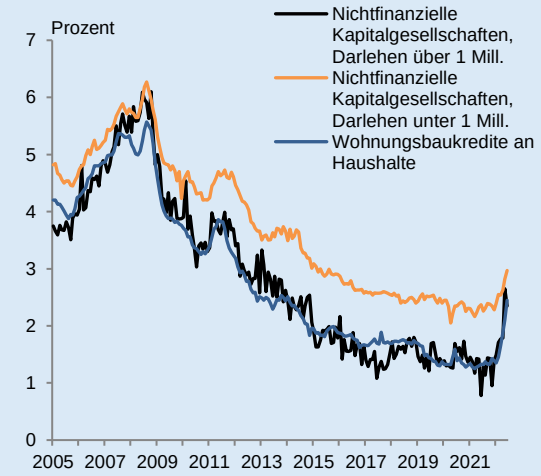
Monatsdaten, Renditen; mittlere Restlaufzeiten von über drei Jahren.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht;* Berechnungen des IfW Kiel.

liegt weit über den Raten von vor der Pandemie und sogar über den Raten von vor der Finanzkrise, als sich die Wirtschaft in der Hochkonjunktur befand. Auch auf dem Kapitalmarkt verschafften sich die Unternehmen über neue Anleihen in hohem Umfang frische Finanzmittel, so dass das Volumen an ausstehenden Unternehmensanleihen im Juli um 9,4 Prozent stieg. Bankkredite sind jedoch nach wie vor das bedeutendere Finanzierungsinstrument für nichtfinanzielle Unternehmen, übertrifft ihr Volumen doch das der Anleihen um mehr als das Doppelte. Das Expansionstempo bei Wohnungsbaukrediten hatte sich

seit Mitte 2021 bei rund 7 Prozent eingependelt. Im Juli zeigt sich mit 6,7 Prozent eine leichte Abschwächung des hohen Expansionstempos. Das Volumen der Konsumentenkredite ging bis Anfang des Jahres zurück, seitdem ziehen sie aber wieder leicht an.

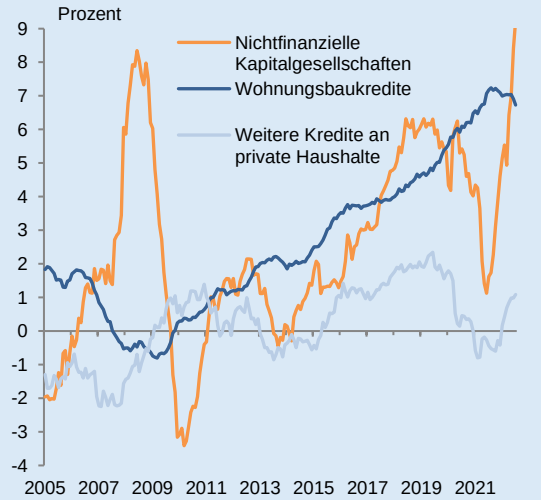
Abbildung 3:
Darlehenszinsen



Monatsdaten; bei Neugeschäften, Laufzeit 1-5 Jahre, ohne Überziehungen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *MFI-Zinsstatistik*.

Abbildung 4:
Kreditexpansion



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat; Monatsdaten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Berechnungen des IfW Kiel..

Finanzpolitische Expansion geht in die Verlängerung

Finanzpolitische Maßnahmen wirken im laufenden Jahr expansiv. Zwar entfallen Corona-bezogene Mehrausgaben und Mindereinnahmen im großen Stil, insbesondere Unternehmenshilfen, doch wird dies durch eine Vielzahl anderer Maßnahmen kompensiert. So wurden bereits zwei „Entlastungspakete“ in Reaktion auf die hohe vordringlich von Importpreisen getriebene Inflation auf den Weg gebracht, die unter anderem eine Anhebung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer, die Energiepauschale, den Tankrabatt und das 9-Euro-Ticket enthalten (Tabelle 5). Außerdem hat der Staat in größerem Umfang Erdgaskäufe getätigt, um es für den Winter einzulagern.[1] Zudem wurde jüngst ein drittes Paket angekündigt. Die darin enthaltenden Einmalzahlungen an Rentner und Studierende sollen noch im laufenden Jahr geleistet werden. Zudem wird die Mehrwertsteuer auf Erdgas gesenkt. Diese Maßnahmen belasten für sich genommen das Budget. Automatische Reaktionen, die per Saldo die Steuerquote erhöhen, gleichen dies teilweise aber aus. Zudem sinken die Sparquote und der Außenbeitrag deutlich. Somit entfällt mehr Einkommen auf von der Mehrwertsteuer betroffene Verwendungen, was für sich genommen das Budget entlastet.

Für das Jahr 2023 ist mit einer leicht expansiven Ausrichtung zu rechnen. Ein Teil der Maßnahmen aus den Entlastungspaketen entfällt – hier sind insbesondere Einmalzahlungen oder der Tankrabatt zu nennen. Zudem dürften weitere Ausgaben im Zuge der Corona-Krise auslaufen. Ferner steigen die Beitragssätze in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Allerdings gibt es im Zuge der Entlastungspakete in diesem Jahr viele zusätzliche Maßnahmen, wie die Anpassung des Einkommensteuertarifs zum 1. Januar, die Reform der Rentenbesteuerung (geregelt im Jahressteuergesetz 2022), die Einführung des Bürgergelds oder die Wohngeldreform, und es gibt Maßnahmen, die nun erst ihre volle Wirkung entfalten, wie die Mehrwertsteuer-

[1] Der Bund hat ein privates Unternehmen beauftragt und für den Kauf Kredite zur Verfügung gestellt. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fallen entsprechende Lagerinvestitionen beim Staat an. In der Systematik des Bundeshaushalts wird hier nur die finanzielle Transaktion (Kredit) mit dem privaten Unternehmen gewertet.

Tabelle 5
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmenahmen

	2022	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften			
Reduzierter Mehrwertsteuersatz für Erdgas	-1,5	-5,5	4,1
Inflationsausgleichsgesetz (kalte Progression)	0	-14,0	-13,5
Weitere steuerliche Maßnahmen des dritten Entlastungspakets	0	-0,6	-0,1
Jahressteuergesetz 2022	0	-3,2	0,9
Anhebung Grundfrei-, Arbeitnehmerpauschbetrag und Pendlerpauschale	-4,5	-0,4	0,0
Tankrabatt	-3	3	0,0
Alterseinkünftegesetz	-1,6	-1,6	-1,6
Zweites Familienentlastungsgesetz	-4,4	-0,7	0,0
4. Corona-Steuerhilfegesetz	-0,2	-3,3	-1,1
Temporäre Umsatzsteuersenkung (Corona)	3,3	0,0	3,1
Degressive AfA	-3,9	0,3	3,7
Sonstige Steueränderungen	-2,2	-0,9	0,4
CO2-Abgabe	1,5	0,0	1,5
Anhebung Lkw-Maut	0,0	0,7	0,0
Anhebung Rundfunkbeitrag	0,2	0,0	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen			
Anhebung Beitragssatz in der GKV	0,0	3,3	1,1
Anhebung Beitragssatz Pflegeversicherung	0,3	0,0	0,0
Anhebung Beitragssatz Arbeitslosenversicherung	0,0	2,5	0,0
Anhebung Beitragssatz Rentenversicherung	0,0	0,0	4,7
Änderung der Insolvenzgeldumlage	-0,2	0,0	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften			
Corona-Hilfen für Unternehmen und Selbständige	39,0	5,0	0,0
Corona bedingte Gesundheitsausgaben	8,0	8,0	5,0
Energiepauschale	-10,4	10,4	0,0
Kinderboni (Corona, Energiekrise)	0,7	1,4	0,0
Anhebung Kinderzuschlag/Kindergeld	-0,2	-3,2	0,0
Einmalzahlung in der Grundsicherung (Corona und Energiekrise)	0,9	0,6	0,0
Einmalzahlungen Rentner	-6,0	6,0	0,0
Pflegeboni	-2,0	2,0	0,0
Einmalzahlung BAföG /Studierende	-0,7	0,7	0,0
Wohngeldreform / Heizkostenzuschuss	-0,5	-3,0	0,5
9-Euro-Ticket und Folgeregelung	-2,5	0,0	0,0
Kaufbonus E-Mobilität / Tank- und Ladeinfrastruktur	-1,5	0,0	0,0
Eigenkapitalhilfe DB AG	2,0	0,0	0,0
Aufbauhilfe 2021 (Flut)	-2,5	0,0	0,0
Förderung Kita und Ganztagsbetreuung	0,5	0,0	0,0
Förderung Kohleregionen	-0,5	-0,5	0,0
Weitere Subventionen des Bundes (Klima, Digitalisierung)	-1,2	-5,0	-7,0
Aufstockung der Gasreserve	-5,5	2,5	0,5
Aufstockung Bundeswehretat	-3,5	-7,0	-7,0
Zusätzliche Ausgaben Fluchtmigration Ukraine-Krieg	-15,0	3,0	4,0
Unterstützungsleistungen an die Ukraine	-1,5	0,0	1,5
Einführung Bürgergeld / Anpassung Regelsätze	0,0	-7,6	-2,3
Unternehmenshilfen (Spitzenausgleich, Kreditausfälle)	-1,7	-2,5	3,5
Ausgaben der Sozialversicherungen			
Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit und Pflege	-1,8	-0,8	0,0
Ausweitung der Kurzarbeit	2,5	0,5	0,0
Anpassung der Renten Ost	-0,4	-0,4	-0,4
Erwerbsminderungsrenten	-0,1	-0,1	-0,1
Grundrente	-1,8	0,8	-0,7
Einmalzahlung Arbeitslosengeldempfänger	-0,1	0,1	0,0
Zwischensumme	-22,0	-9,5	0,7
Automatische Reaktionen			
Progressionseffekte (Einkommensteuer)	10,9	12,1	10,1
Endogener Rückgang von Steuerquoten (Mengensteuern)	-5,6	-5,5	-3,8
Summe	-16,7	-2,9	7,0
In Relation zum BIP	-0,4	-0,1	0,2

satzsenkung für Erdgas. Mehrausgaben werden zudem im Zuge des Sondervermögens für die Bundeswehr im Bereich Verteidigung anfallen. In der Summe dürften die Maßnahmen der Finanzpolitik das Budget merklich belasten. Dies wird durch die automatischen Reaktionen allerdings teilweise ausgeglichen, so dass der Expansionsgrad nur geringfügig erhöht wird.

Für das Jahr 2024 sind nur wenige finanzpolitischen Maßnahmen absehbar. Da einige

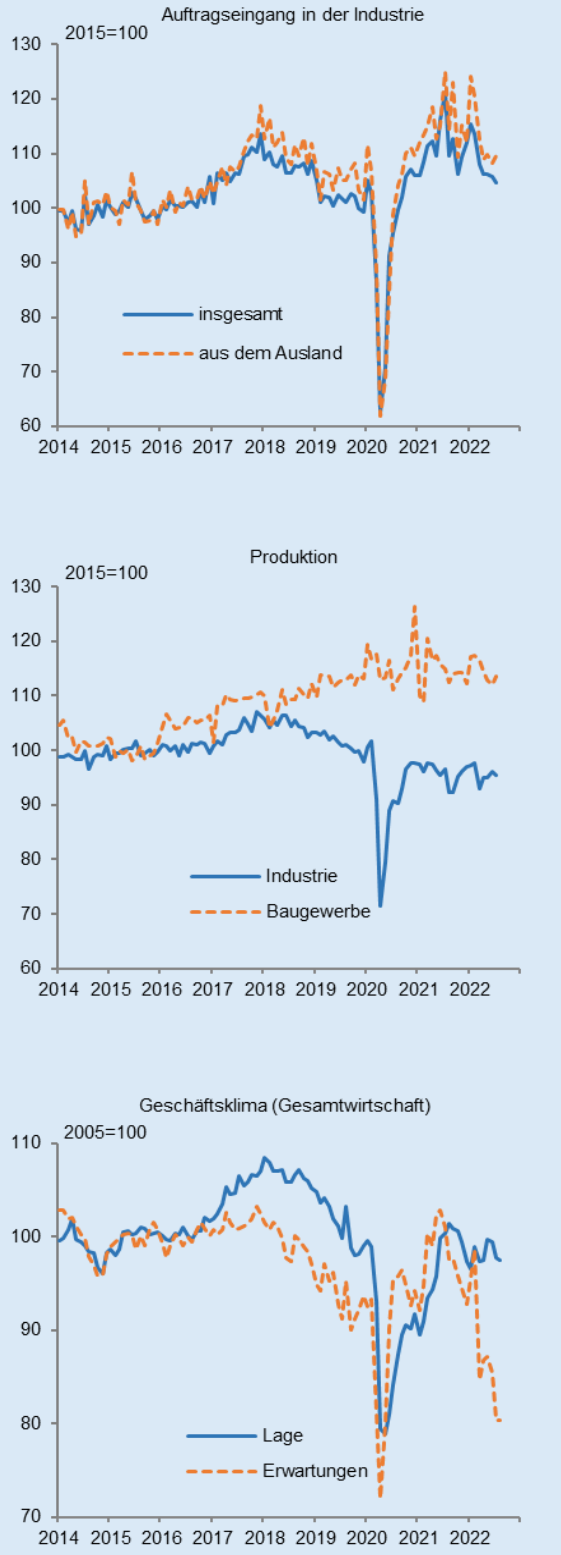
expansive Maßnahmen auslaufen und der Beitragssatz zur Rentenversicherung wohl angehoben werden wird, zugleich aber die Tarifeckwerte in der Einkommensteuer abermals verschoben werden („Inflationsausgleichsgesetz"), gehen wir zunächst von einer in etwa neutralen Ausrichtung der finanzpolitischen Maßnahmen aus. Dass die Finanzpolitik die Expansion nicht weiter erhöht, erscheint angesichts der Vorgaben der Schuldenbremse plausibel. Allerdings ist diese Vorrauschau mit einer erheblichen Unsicherheit verbunden, was auch bereits für das Jahr 2023 gilt. Ökonomisch volatile Zeiten sind zumeist auch finanzpolitisch volatile.

Ein Teil der „Entlastungspakete" wird von den Stromproduzenten getragen. In der Darstellung der finanzpolitischen Maßnahmen sind nicht alle Punkte der „Entlastungspakete" enthalten. So hat zwar die Abschaffung der EEG-Umlage zu vorübergehend niedrigeren Strompreisen geführt, doch musste der Staat dies nicht subventionieren, da die Marktpreise hinreichend waren, um die garantierten Abnahmepreise für die betroffenen Produzenten erneuerbarer Energien zu begleichen. Ebenso gilt für die Entlastung der privaten Haushalte, die durch den anstehenden Eingriff in den Strommarkt erzielt werden soll (Eingriff in die „Merit Order"), dass hier keine staatlichen Subventionen fließen werden, sondern mehrere Stromproduzenten eine niedrigere Vergütung erhalten. Diese Maßnahmen führen somit zu keiner Impulsveränderung von Seiten des Staates gegenüber dem privaten Sektor, sind aber wegen der unterschiedlichen Wirkungen auf den privaten Sektor konjunkturell bedeutsam.

Bruttowertschöpfung: Deutsche Wirtschaft rutscht in die Rezession

Die Bruttowertschöpfung sinkt in der zweiten Jahreshälfte. Die Geschäftserwartungen der Unternehmen haben sich mit den zunehmenden Sorgen vor Energieengpässen und den Preissprüngen bei Strom und Gas noch einmal deutlich eingetrübt - nachdem sie bereits mit Beginn des Krieges in der Ukraine deutlich pessimistischer geworden waren – und deuten auf eine Rezession hin (Abbildung 5). Ihre Geschäftslage beurteilen die Unternehmen zwar nach wie vor als gut, allerdings blieb die Lagebeurteilung

Abbildung 5:
Konjunkturindikatoren



Monatsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

zuletzt deutlich hinter dem Niveau vom zweiten Quartal zurück. Auch andere Frühindikatoren, wie die Lkw-Fahrleistung und das Konsumklima, deuten auf eine rückläufige Wirtschaftsleistung hin. Schließlich zeichnet sich auch ein Ende der pandemiebedingten Erholung in den kontaktintensiven Dienstleistungsbranchen ab, die in der ersten Jahreshälfte maßgeblich zum Anstieg der Bruttowertschöpfung beigetragen hatten. Im Ergebnis dürfte die Bruttowertschöpfung in der zweiten Jahreshälfte sinken (Tabelle 6). Dafür sprechen auch gängige Prognosemodelle (z.B. Hauber 2018).

Die konsumnahen Branchen werden massiv durch die Kaufkraftverluste der privaten Haushalte belastet. Die voraussichtlich bis weit in das kommende Jahr hinein sinkenden real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden den Konsum dämpfen und die Aktivität in den konsumnahen Dienstleistungsbranchen bremsen. Die Einbußen dürften in den Bereichen besonders groß ausfallen, die während der Pandemie recht kräftig expandiert hatten. So sind die Einzelhandelsumsätze während der Pandemie zunächst gestiegen, auch weil die Konsumenten ihre Ausgaben von den nur noch eingeschränkt verfügbaren Dienstleistungen hin zu Waren verlagert hatten. Aber auch bei den kontaktintensiven Dienstleistungen (wie dem Gastgewerbe oder Teilen der sonstigen Dienstleistungen), die sich gerade von den pandemiebedingten Einbrüchen erholt hatten, dürfte es spürbare Rückgänge geben, decken sie doch größtenteils Freizeitaktivitäten ab, die bei sinkenden Realeinkommen vermutlich überproportional stark zurückgefahren werden. Die Aktivität in den konsumnahen Branchen wird sich voraussichtlich erst gegen Ende des kommenden Jahres wieder fangen, wenn der Preisauftrieb spürbar nachlässt.

Das Niedrigwasser belastete im Sommer die Industrieproduktion. Im Juli und August haben die niedrigen Pegelstände die Binnenschifffahrt massiv beeinträchtigt. In der Vergangenheit wurde die Industrieproduktion um etwa 1 Prozent gedrückt, wenn in einem Monat durchgehend Niedrigwasser im Rhein - der bei Weitem bedeutendsten Wasserstraße in Deutschland - zu verzeichnen war (Ademmer et al. 2018; Ademmer et al. 2020). Für derzeit geringere Auswirkungen spricht, dass viele Unternehmen nach der ausgeprägten Niedrigwasserphase im Jahr 2018 nun besser auf die Beeinträchtigungen vorbereitet gewesen sein dürften und das Niveau der Industrieproduktion aufgrund der Lieferengpässe zuletzt ohnehin recht niedrig war. Allerdings könnten bei den bereits ohnehin angespannten Transportkapazitäten zusätzliche Störungen überproportional belasten. Zudem ist die Binnenschifffahrt für Energierohstoffe ein wichtiges Transportmittel, so dass das Niedrigwasser die Sorgen vor Energieengpässen vergrößern und zu zusätzlichem Preisauftrieb in diesem Bereich geführt haben könnte. Zuletzt sind die Pegelstände wieder gestiegen und die Vorhersagen deuten darauf hin,

Tabelle:
Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

	2022				2023				2024			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
	Saison- und kalenderbereinigte Werte; Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent											
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	-0,4	-0,2	-0,2	-0,1	0,2	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	1,6	-0,3	-0,4	-0,2	-0,2	-0,1	0,2	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	-0,2	-0,4	-1,5	0,6	1,1	1,1	1,3	0,9	0,5	0,5	0,5	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	-0,1	-0,5	-1,5	1,0	1,5	1,5	1,5	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5
Energieversorgung, Wasserversorgung u.Ä.	-0,8	-0,1	-1,0	-2,0	-2,0	-1,5	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Baugewerbe	3,2	-2,4	-2,5	-0,5	0,0	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	2,1	-1,5	-0,4	-1,7	-2,2	-2,2	-1,3	0,1	0,3	0,5	0,7	0,7
Information und Kommunikation	1,4	1,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3	0,5	1,0	1,0	1,0	1,0
Finanz- und Versicherungsdienstleister	4,3	0,4	0,0	-1,0	-1,0	-0,5	-0,3	0,0	0,3	0,3	0,5	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,9	0,0	-0,2	-0,2	-0,2	-0,2	-0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister	1,2	2,0	0,5	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	0,8	0,8	0,8	0,8
Öffentliche Dienstleister	2,9	-0,8	0,5	0,3	0,3	0,3	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Dienstleister	5,3	1,0	-0,5	-1,5	-3,0	-3,0	-1,5	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5

Quartalsdaten, preisbereinigt.
Quellen: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

dass sie in den kommenden Wochen nicht wieder deutlich zurückgehen werden. Vor diesem Hintergrund dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal um etwa 0,5 Prozent gedrückt worden sein. Sofern es nicht zu weiteren Beeinträchtigungen im vierten Quartal kommt, wird sich die Produktion dann wieder entsprechend erholen. Allerdings bestehen trotz der jüngsten Entspannung Abwärtsrisiken, ist das vierte Quartal erfahrungsgemäß doch ebenfalls anfällig für Niedrigwasserphasen.

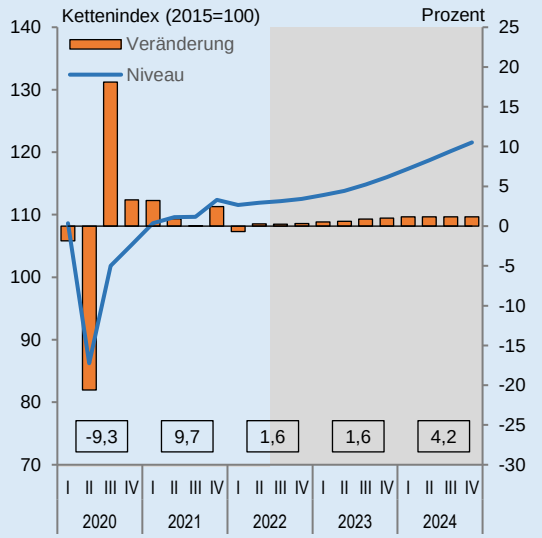
Trotz widriger Rahmenbedingungen bleibt die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe recht robust. In den vergangenen Monaten haben sich die Preise einiger Energierohstoffe massiv verteuert und das weltwirtschaftliche Umfeld hat sich auch damit zusammenhängend verschlechtert. Die hohen Energiepreise stellen die Rentabilität der Produktion von energieintensiven Branchen in Frage bzw. könnten – sofern die höheren Kosten zu großen Teilen an die Kunden weitergereicht werden – zu Rückgängen bei den Auftragseingängen und zu Stornierungen bereits erteilter Aufträge führen. Insgesamt haben sich die Aussichten im Verarbeitenden Gewerbe in den vergangenen Monaten somit spürbar eingetrübt. Allerdings ist die Industrieproduktion bereits seit geraumer Zeit durch die mannigfaltigen Lieferengpässe massiv gedrückt worden, so dass auch bei einer schlechteren Auftragslage noch viel Luft nach oben bestünde, sobald die Lieferengpässe nachlassen. Obwohl die Auftragseingänge seit Beginn des Krieges in der Ukraine deutlich zurückgegangen sind, nahmen die Unternehmen weiterhin mehr Aufträge entgegen als sie mit ihrem gegenwärtigen Produktionsniveau abarbeiten konnten, so dass die Auftragsbestände weiter gestiegen sind (Beckmann et al. 2021; Beckmann und Jannsen 2021). Insgesamt wurden seit dem Beginn der Pandemie zusätzliche Auftragsbestände im Umfang von mehr als 10 Prozent einer Jahresproduktion aufgebaut, von denen die Industrieunternehmen bei vorübergehend schwächeren Auftragseingängen zehren können. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Bruttowertschöpfung im kommenden Jahr trotz der widrigen Rahmenbedingungen merklich ausgeweitet werden kann, sofern die Lieferengpässe nachlassen. Umfragedaten deuten darauf hin, dass sich diese zuletzt etwas vermindert haben. Für das dritte Quartal deuten die Frühindikatoren, wie die Lkw-Fahrleistung oder Umfragedaten zur Produktion, jedoch auf einen nochmaligen Rückgang der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe hin.

Neuer Gegenwind für den Außenhandel

Die Folgen der Pandemie und des Kriegs in der Ukraine belasten den Außenhandel massiv. Die Exporte expandierten im zweiten Quartal nur verhalten und machten damit ihren Rückgang zu Jahresbeginn nicht wett. Zur schwachen Entwicklung des Exportgeschäfts tragen nach wie vor Lieferengpässe bei, die die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe hemmen. So ist der Auftragsbestand deutlich gestiegen. Die Importe stiegen dagegen recht kräftig, da sich einerseits die Nachfrage nach Investitions- und Vorleistungsgüter spürbar belebte, und sich andererseits die Erholung der Dienstleistungsimporte von den Pandemiefolgen weiter fortsetzte. Im zweiten Halbjahr verhindert der hohe Auftragsbestand einen Rückgang der Exporte, der angesichts des im Vergleich zu unserer Sommerprognose stark eingetrübten weltwirtschaftlichen Umfelds zu erwarten wäre. Die Importe dürften wegen der schwachen Binnenkonjunktur einen Rücksetzer erleiden. Auch im weiteren Verlauf bleibt die Entwicklung des Außenhandels verhalten. Erst im Verlauf des Jahres 2023 nimmt die Dynamik zu, wenn sich die Auslandsnachfrage belebt und die belastende Wirkung der Energiepreisanstiege auf die heimische Absorption allmählich nachlässt. Die Exporte steigen dementsprechend mit schwachen, aber im Verlauf zunehmenden Raten (Abbildung 6). Die Importe werden vorübergehend gedämpft und expandieren erst gegen Ende des Prognosezeitraums wieder dynamischer (Abbildung 7).

Die Sanktionen und der freiwillige Rückzug deutscher Unternehmen haben sich deutlich auf den Außenhandel mit Russland ausgewirkt. Die nominalen Exporte nach Russland lagen zwischen März und Juni dieses Jahres – also seit Ausbruch des Krieges – insgesamt 55 Prozent unter ihren Vorjahreswerten (Abbildung 8). Besonders drastisch gingen die Exporte von Kfz-Produkten, Datenverarbeitungsgeräten und elektrischer Ausrüstung zurück. Die Exporte von pharmazeutischen und landwirtschaftlichen Pro-

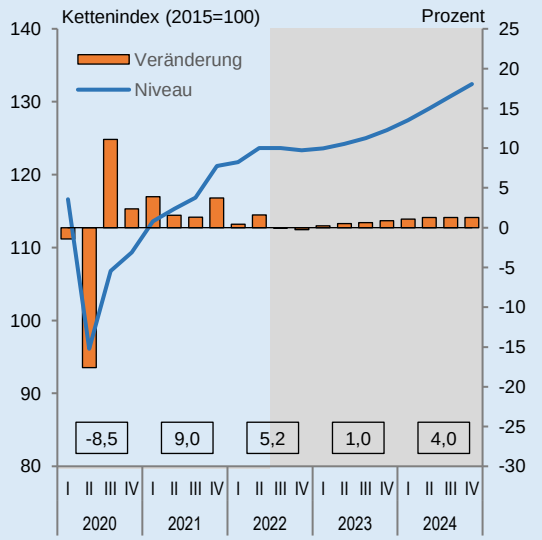
Abbildung 6:
Exporte



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 7:
Importe

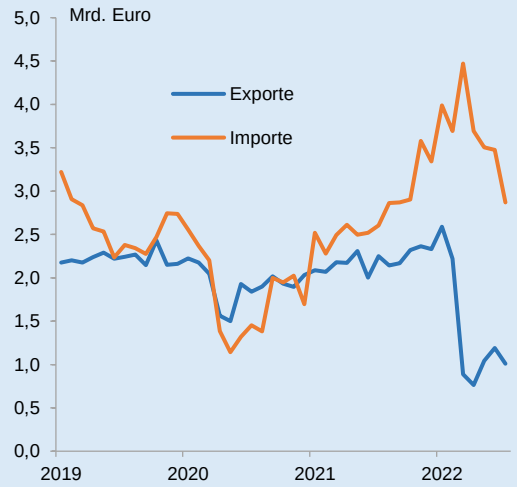


Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

dukten stiegen dagegen im gleichen Zeitraum, was jedoch auf höhere Preise zurückzuführen ist. Insgesamt hat sich der Anteil Russlands an den Warenexporten, der bereits nach der Annexion der Krim auf unter 2 Prozent gefallen war,

Abbildung 8:
Entwicklung des Außenhandels mit Russland



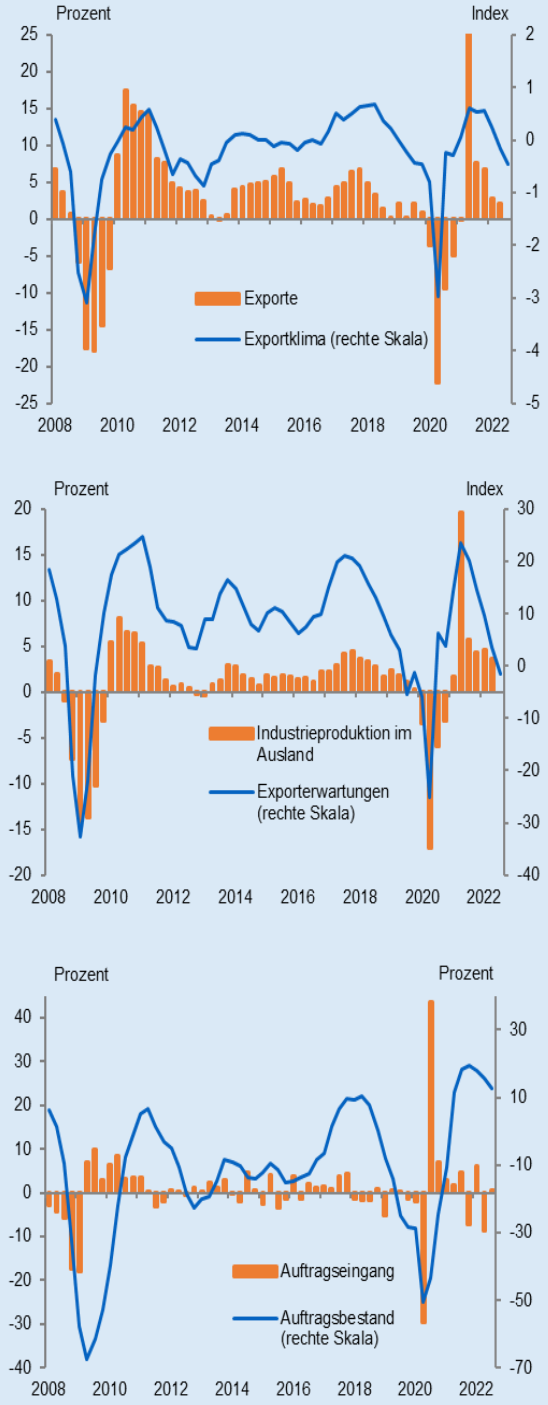
Monatsdaten; saison- und kalenderberenigt. Letzter Wert: Juli 2022.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachreihe 51000-0021*.

seit Ausbruch des Kriegs nochmals halbiert. Analysen von Unternehmensdaten für Deutschland zeigen, dass ein Großteil der Exporte nach Russland von Unternehmen stammt, die nicht in hohem Maße auf Russland spezialisiert sind (Görg, Jacobs und Meuchelböck 2022) und daher hinreichend diversifiziert sein dürften, um die für Russland vorgesehenen Produkte auf andere Märkte umlenken zu können. Dies gilt derzeit umso mehr, als der Auftragsüberhang in der Industrie infolge von Lieferschwierigkeiten immer noch erheblich ist. Die nominalen Importe aus Russland sind – insbesondere aufgrund höherer Preise für Rohstoffe – seit Ausbruch des Kriegs um rund 42 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Allerdings sind die importierten Mengen nahezu über alle Produktkategorien hinweg deutlich zurückgegangen, was für rückläufige Abhängigkeiten von russischen Lieferungen spricht.

Die Belastungen für die Exporte nehmen zu. Im laufenden Quartal dürften die Exporte erneut nur verhalten gestiegen sein. Darauf deuten die preisbereinigten Monatsdaten im Spezialhandel hin. Zudem haben sich die Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe und das Wirtschaftsklima in den Exportmärkten zuletzt eingetrübt (Abbildung 9). Auch im weiteren Verlauf bleibt

Abbildung 9:
Exportindikatoren

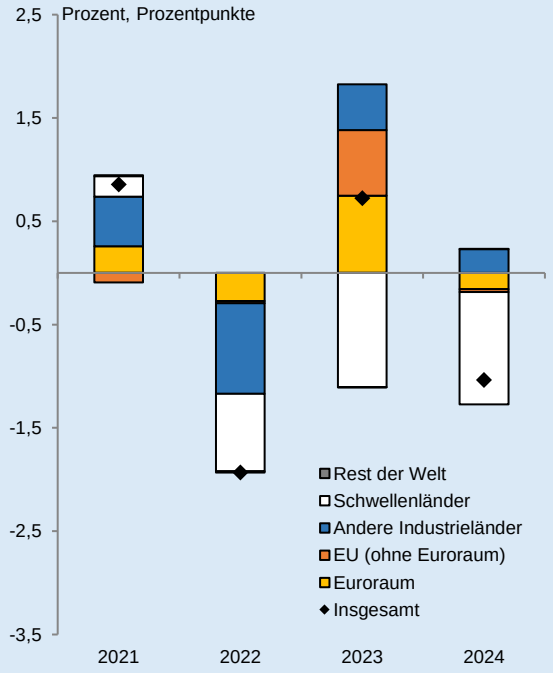


Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal; Auftragsbestand: Nettoanteil der Unternehmen, der über günstige Auftragsbestände berichtet; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 42 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Unternehmenszuversicht, Exporterwartungen, Auftragsbestand (Auftragseingang): Wert für aktuelles Quartal entspricht dem Durchschnitt der ersten beiden Monatswerte (dem ersten Monatswert) des jeweiligen Quartals.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Reuters Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; Berechnungen des IfW Kiel.

die Entwicklung der Exporte verhalten. Zwar zeichnet sich eine allmähliche Entspannung bei den Lieferengpässen ab, die die Erholung der Exporte bislang stark gedämpft hatten. Dies wird es den Unternehmen ermöglichen, ihre hohen Auftragsbestände nach und nach abzuarbeiten. Gleichzeitig hat sich jedoch das weltwirtschaftliche Umfeld seit unserer Sommerprognose stark verschlechtert (Gern et al. 2022), sodass zunächst kaum Impulse vom Neugeschäft ausgehen dürften. Auch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit im kommenden Jahr wirkt dämpfend (Abbildung 10). Erst wenn die globale Produktion in der zweiten Jahreshälfte 2023 wieder Fahrt aufnimmt (Abbildung 11), gewinnen die Exporte an Dynamik. Alles in allem werden die Exporte im laufenden Jahr wohl nur um 1,6 Prozent zulegen, gefolgt von 1,6 Prozent im Jahr 2023. Im Jahr 2024 rechnen wir mit einem Plus von 4,2 Prozent.

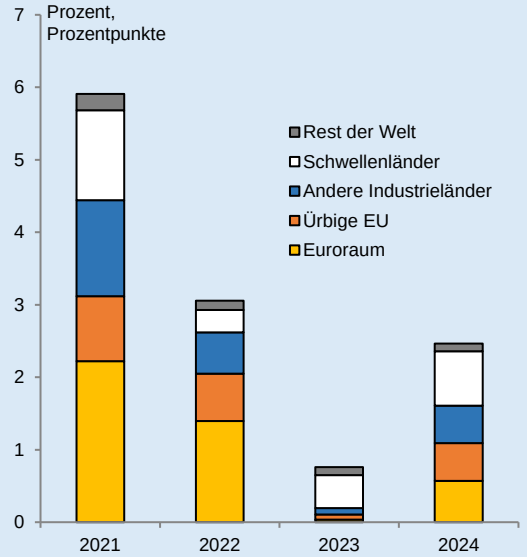
Abbildung 10:
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit



Jahresdaten, auf Basis der Verbraucherpreise und Wechselkurse gegenüber 55 Ländern; Gewichte gemäß dem Indikator der Deutschen Bundesbank für die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 61 Handelspartnerländern auf Basis der Verbraucherpreise; Veränderung gegenüber Vorjahr; Anstieg bedeutet Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht 8.2020*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 11:
Deutsche Exportmärkte



Jahresdaten, preisbereinigt. Bruttoinlandsprodukt in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 7, Reihe 1*; nationale Quellen; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Die Importe entwickeln sich schwach. Im laufenden Quartal stagnieren die Importe wohl. Während die preisbereinigten Monatswerte im Spezialhandel auf einen Rückgang der Warenimporte hindeuten, dürften die Dienstleistungsimporte weiter von der postpandemischen Normalisierung des Reiseverkehrs profitieren und einem Rückgang der Importe insgesamt entgegen wirken. Auch im kommenden Winterhalbjahr dürften die Importe auf der Stelle treten. Maßgeblich ist die schwache Entwicklung der Binnenkonjunktur. Lediglich die Nachfrage der Exportunternehmen, die ihre Auftragsbestände abbauen, stützt etwas. Im weiteren Verlauf steigen die Importe wieder dynamischer, da sich dann die heimische Nachfrage nach Investitionsgütern und Vorleistungsgütern belebt. Insgesamt dürften die Importe im Jahr 2022 wohl um 5,2 Prozent steigen. Für die Jahre 2023 und 2024 rechnen wir mit einem Anstieg um 1 bzw. 4,0 Prozent.

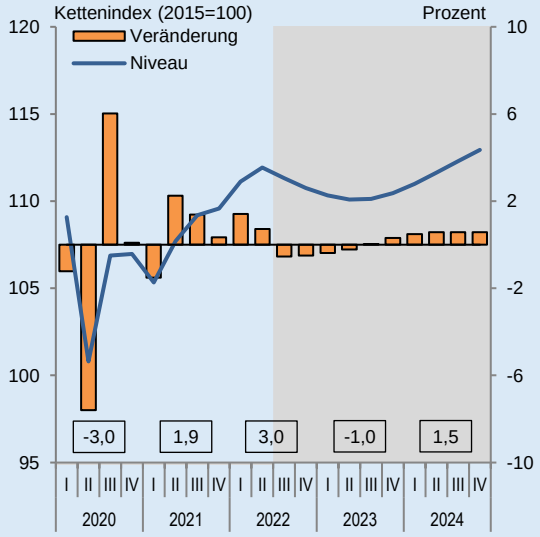
Die Preise im Außenhandel bleiben hoch. Im Zuge der Erholung von der Pandemie sind die Preise im Außenhandel stark gestiegen und die Terms of Trade haben sich, vor allem aufgrund von steigenden Preisen für Rohstoffe und Vorleistungsgüter, deutlich verschlechtert. Im laufenden Jahr hat sich die hohe Preisdynamik im Außenhandel fortgesetzt und die Terms of Trade verschlechterten sich weiter, allerdings weniger stark als zuvor. Denn während der Preisauftrieb bei den Exportpreisen vor allem im zweiten Quartal deutlich zunahm, ging er bei den Importpreisen etwas zurück. Im laufenden Quartal dürften die Preise im Außenhandel weniger stark steigen als zuletzt und die Terms of Trade dürften sich nur leicht verschlechtern. Darauf deuten die monatlichen Preise im Außenhandel hin. Im weiteren Verlauf nimmt der Preisauftrieb gegeben unserer Wechselkurs- und Rohstoffpreisannahmen nur allmählich ab. Die Verschlechterung der Terms of Trade wird mit 4,4 Prozent im laufenden Jahr und 1,2 Prozent im kommenden Jahr erheblich ausfallen. Mit der bereits deutlichen Verschlechterung aus dem Jahr 2021 entspricht dies dem stärksten Terms-of-Trade-Schock seit der Wiedervereinigung. Erst im Jahr 2024 rechnen wir damit, dass sich die Terms of Trade um 0,7 Prozent wieder etwas verbessern, da dann die Importpreise wohl leicht zurückgehen, während die Exportpreise aufwärtsgerichtet bleiben.

Der Leistungsbilanzüberschuss sinkt deutlich. Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt war ausgehend von seinem Höchststand im Jahr 2015 von 8,6 Prozent geschrumpft und lag im Jahr 2021 bei rund 7 Prozent. Aufgrund der starken Verschlechterung der Terms of Trade wird der Leistungsbilanzsaldo wohl auf 3,8 Prozent im laufenden Jahr und 3,5 Prozent im kommenden Jahr deutlich schrumpfen. Erst im Jahr 2024 dürfte der Saldo, nicht zuletzt aufgrund der Verbesserung der der Terms of Trade, wieder etwas auf rund 4,0 Prozent steigen. Der Saldo der Vermögenseinkommen aus dem Ausland hat keinen größeren Einfluss auf die Veränderung der Leistungsbilanz.

Heimische Absorption im Abwärtssog

Die hohen Energiepreisanstiege dämpfen die heimische Absorption empfindlich. In den vergangenen beiden Quartalen legte die letzte inländische Verwendung recht kräftig zu (Abbildung 12). Hierzu trug vor allem die Erholung der

Abbildung 12:
Letzte Inländische Verwendung



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala). Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

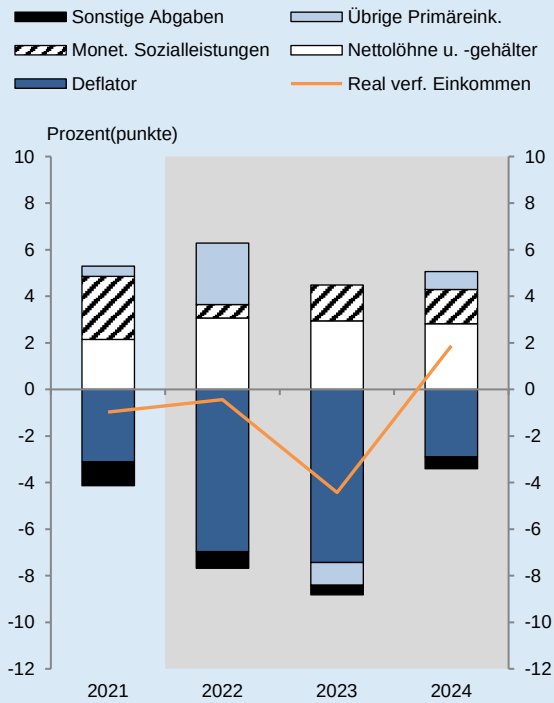
privaten Konsumausgaben nach dem pandemiebedingten Rückschlag im vierten Quartal des vergangenen Jahres bei. Auch der öffentliche Konsum wurde kräftig ausgeweitet. In den kommenden Quartalen dürfte die heimische Absorption jedoch spürbar zurückgehen, weil die hohen Energiepreisanstiege den privaten Konsum dämpfen werden. Die deutlich verschlechterten gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden sich auch bei den Bruttoanlageinvestitionen niederschlagen. Die im großen Umfang noch nicht abgearbeiteten Aufträge für Investitionsgüter wirken hier jedoch stabilisierend. Insgesamt dürfte sich die inländische Verwendung deutlich schwächer entwickeln als wir in unserer Sommer-Prognose erwartet hatten. Nach einem Anstieg von 3 Prozent im laufenden Jahr (Sommer-Prognose (+3,5 Prozent), rechnen wir nun für das Jahr 2023 mit einem Rückgang von rund 1 Prozent (Sommer-Prognose: +2,8 Prozent). Wenn die belastende Wirkung der Preisanstiege allmählich nachlässt, dürfte die inländische Verwendung im Jahr 2024 um 1,6 Prozent zulegen.

Die real verfügbaren Einkommen sinken so stark wie noch nie im wiedervereinigten Deutschland. Maßgeblich ist die hohe Teuerung für private Konsumausgaben, die im laufenden Jahr voraussichtlich bei 7 Prozent liegen und sich im kommenden Jahr wohl auf 7,4 Prozent erhöhen wird.[2] Im Jahr 2024 dürfte sich der Preisauftrieb deutlich verlangsamen, da die Energiepreise wohl nicht mehr anziehen werden, mit knapp 3 Prozent wird der Deflator der privaten Konsumausgaben aber wohl nochmals überdurchschnittlich zulegen. Die Anstiege der nominal verfügbaren Einkommen werden mit diesen hohen Raten nicht Schritt halten. Im laufenden Jahr dürften sie aber mit 6,5 Prozent so stark zunehmen wie seit dem Jahr 1992 nicht mehr, so dass die Teuerung der Konsumgüter größtenteils aufgefangen wird. Hier kommt vor allem die Erholung von der Pandemie zum Tragen, durch die sowohl die Lohnsumme als auch die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte kräftig zulegen. Im kommenden Jahr werden die verfügbaren Einkommen jedoch voraussichtlich deutlich schwächer um 3 Prozent zulegen, vor allem weil sich die wirtschaftliche Abkühlung bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen niederschlagen wird. Im Ergebnis werden die real verfügbaren Einkommen um 4,1 Prozent zurückgehen – seit der Wiedervereinigung wurde der bislang größte Rückgang mit -1,3 Prozent im Jahr 2002 verzeichnet – nachdem sie bereits in den Jahren 2021 und 2022 gesunken sind (Abbildung 13). Erst im Jahr 2024 dürften die real verfügbaren Einkommen wieder recht kräftig steigen.

Die Sparquote wird deutlich zurückgehen und den privaten Konsum stabilisieren. Die mit den hohen Energiepreisanstiegen verbundenen Kaufkraftverluste können unterschiedlich auf

[2] Der Deflator der privaten Konsumausgaben dürfte im Jahr 2023 weniger stark steigen als der Verbraucherpreisindex, da er Mengenanpassungen unmittelbar berücksichtigt, während den Verbraucherpreisen ein fixer Warenkorb aus dem Jahr 2015 zugrunde liegt. Da Gütern, die sich relativ verteuern, in der Tendenz weniger stark nachgefragt werden, legt der Deflator der privaten Konsumausgaben in der Regel weniger zu als die Verbraucherpreise. Zwischen den Jahren 1991 und 2021 lag diese als Paasche-Abschlag bezeichnete Abweichung jahresdurchschnittlich bei etwa 0,25 Prozentpunkten. Sofern die Teuerung bei Strom und Gas zu einem merklichen Rückgang des jeweiligen Verbrauchs führen, dürfte die Differenz angesichts des ungewöhnlich hohen Preisanstiegs für diese Güter größer ausfallen als im historischen Durchschnitt. Hinzu kommt, dass der Anteil von Gas bei den privaten Konsumausgaben geringer ist.

Abbildung 13:
Beiträge zur Veränderung des real verfügbaren Einkommens



Jahresdaten, Expansionsbeiträge (real verfügbare Einkommen: Veränderung gegenüber dem Vorjahr); sonstige Abgaben: Abgaben auf soz. Leistungen, verbrauchsnahe Steu-ern und sonst. Transfers; Deflator: private Konsumausgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

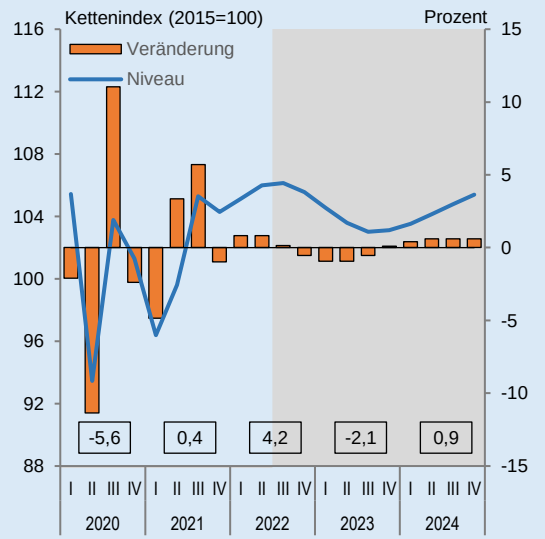
die Sparquote wirken. So kann die Sorge vor zukünftig weiter steigenden Preisen und Einkommensverlusten aufgrund einer wirtschaftlichen Abschwächung dazu führen, dass einige Haushalte aus Vorsichtsmotiven ihre Ersparnis erhöhen. Andere Haushalte dürften dagegen ihre Ersparnis verringern, um ihren gewohnten Konsum zumindest zum Teil aufrecht zu erhalten. Schließlich verlieren die Ersparnisse durch die hohe Inflation deutlich an Kaufkraft, wodurch die Anreize steigen, sie für Konsumzwecke einzusetzen. Insgesamt gehen wir davon aus, dass die Sparquote deutlich sinken wird. Für eine rückläufige Sparquote spricht auch, dass die Haushalte seit dem Beginn der Pandemie aufgrund der eingeschränkten Konsummöglichkeiten bei insgesamt stabilen Einkommen zusätzliche Ersparnisse von etwa 200 Mrd. Euro bzw. rund 10 Prozent des jährlich verfügbaren nominalen Einkommens angehäuft hatten. Laut Umfragen haben viele private Haushalte schon vor den jüngsten Energiepreisschüben geplant, einen Teil dieser zusätzlichen Ersparnisse für Konsumausgaben aufzuwenden (Deutsche Bundesbank 2022). Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass die Sparquote im kommenden Jahr deutlich von 11 Prozent in diesem Jahr auf rund 9 Prozent zurückgehen wird. Im Jahr 2024 dürfte sie mit den steigenden real verfügbaren Einkommen wieder zulegen. Per Saldo wären dann rund 30 Prozent der zusätzlich aufgebauten Ersparnis für Konsumzwecke abgebaut worden.

Die Kaufkraftverluste sorgen für deutliche Rückgange bei den privaten Konsumausgaben. Der private Konsum hat sich weitgehend wieder normalisiert. Die preisbereinigten Konsumausgaben in den von der Pandemie besonders betroffenen Bereichen wie den „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ oder „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ überstiegen im zweiten Quartal erstmals wieder ihr Vorkrisenniveau und die saisonbereinigte Sparquote erreichte mit 10,8 Prozent erstmals das Niveau, das durchschnittlich im Jahr 2019 verzeichnet worden war. Nun wird der private Konsum jedoch wohl spürbar durch die realen Einkommensverluste der Haushalte gedrückt werden, wobei die rückläufige Sparquote die negativen Effekte nur zum Teil abfedern wird. Wir gehen davon aus, dass die Konsumaktivität unmittelbar mit den kräftigen Preisanstiegen in den kommenden Quartalen zurückgehen wird. Zwar legen empirische Studien nahe, dass in der Vergangenheit der private Konsum nach angebotsbedingten Energiepreisanstiegen erst mit einiger Verzögerung gesunken ist.[3] Allerdings sind die Preise nun bereits seit längerer Zeit spürbar aufwärtsgerichtet, so dass viele Verbraucher dies nicht mehr als einen kurzfristigen Schock wahrnehmen dürften, den sie zunächst über ihre Ersparnisse auffangen, sondern als ein längerfristiges Phänomen. Zudem sind die drohenden Energiepreisanstiege so massiv, dass viele Haushalte sie nicht problemlos über eine geringere

[3] So zeigen beispielsweisen Kilian (2009) für die Vereinigten Staaten oder Carstensen et al. (2013) für Deutschland, dass angebotsbedingte Ölpreisschocks sich erst mit einiger Verzögerung auf den privaten Konsum auswirken.

Ersparnis abfedern können und sie deshalb zeitnah zu Einsparungen bei anderen Konsumausgaben gezwungen sein dürften. Schließlich ist die Unsicherheit über die zukünftigen Energiepreise und die weitere wirtschaftliche Entwicklung derzeit ausgesprochen hoch. All dies spiegelt sich auch in dem historisch niedrigen Konsumklima wider. Für das laufende Quartal deuten die Frühindikatoren, wie die Einzelhandelsumsätze oder Mobilitäts- und Buchungsdaten noch auf eine recht robuste Entwicklung bei den privaten Konsumausgaben hin. In den kommenden Quartalen dürften sie dann jedoch deutlich zurückgehen (Abbildung 14). Nach einem Anstieg von rund 4 Prozent im laufenden Jahr, wird der private Konsum im Jahr 2023 wohl um 2,1 Prozent sinken. Dies wäre abgesehen von dem Pandemie-Jahr 2020 der stärkste Rückgang des privaten Konsums im wiedervereinigten Deutschland. Im Jahr 2024 dürfte der private Konsum wieder etwas zulegen.

Abbildung 14:
Private Konsumausgaben



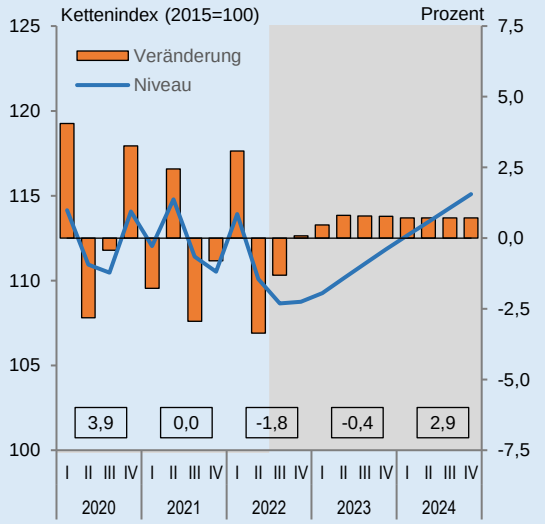
Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Staatskonsum ist in der ersten Hälfte des Jahres 2022 sehr stark gestiegen. Maßgeblich waren zusätzliche Ausgaben im Bereich Gesundheit, wo zum einen noch pandemiebezogene Ausgaben (insbesondere für Tests) anfielen und zugleich mit dem Auslaufen von Lockdown-Maßnahmen wieder vermehrt andere Erkrankungen Behandlungsausgaben auslösen. Zudem stieg der öffentliche Konsum im zweiten Quartal im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine. Für den weiteren Verlauf des Jahres gehen wir davon aus, dass es zu einem Rücksetzer bei den Gesundheitsausgaben kommen wird und die Ausgaben für die Fluchtmigration sinken werden, da der Zustrom aus der Ukraine gesunken ist und viele Betroffene erleichterten Zugang zu Geldleistungen haben. Für das laufende Jahr insgesamt zeichnet sich jedoch ein deutliches Plus ab. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte der Staatskonsum wenig Dynamik entfalten und im Jahresschnitt wohl leicht unter dem Wert des Vorjahres liegen, da die Fluchtmigration aus der Ukraine – so unsere Annahme – weiter zurückgeht und die pandemiebezogene Ausgaben tendenziell weiter sinken. Im Jahr 2024 setzt sich dann die langfristige Tendenz steigender Ausgaben in den Bereichen Gesundheit und Pflege durch, so dass der Anstieg leicht über dem Potenzialwachstum liegen dürfte.

Die eingetrübten Rahmenbedingungen schlagen auf die Bauinvestitionen durch. Nachdem die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen über lange Zeit für die Baubranche ausgesprochen stimulierend waren, belasten mittlerweile zahlreiche Faktoren die Aktivität. So haben sich die Finanzierungskosten – freilich ausgehend von einem äußerst günstigen Niveau – spürbar verteuert. Gleichzeitig gehen die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zurück und die Unsicherheit über die zukünftigen Energiepreise und die wirtschaftlichen Aussichten bremst die Nachfrage. Zudem sind die Baukosten massiv gestiegen. So legte der Deflator der Bauinvestitionen alleine im zweiten Quartal um mehr als 7 Prozent gegenüber dem ersten Quartal zu; gegenüber dem Vorjahr ist er um fast 20 Prozent gestiegen. Vor diesem Hintergrund sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe jüngst deutlich zurückgegangen und das Geschäftsklima in der Bauwirtschaft hat sich spürbar verschlechtert. Für das dritte Quartal zeichnet sich ein Rückgang bei den Bauinvestitionen ab (Abbildung 15). Danach dürften sie sich jedoch allmählich wieder fangen. Dafür spricht, dass sich in den vergangenen Quartalen recht hohe Auftragsbestände angesammelt haben (Abbildung 16). Auch klagten bis zuletzt trotz der

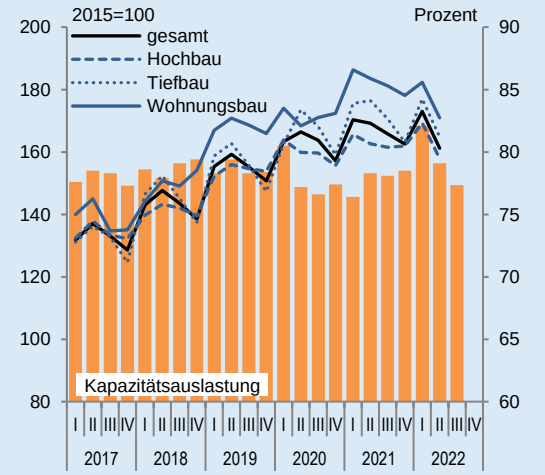
Abbildung 15:
Bauinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 16:
Auftragslage Bau



Quartalsdaten. Kapazitätsauslastung (Abweichung vom Normalniveau): saisonbereinigt, rechte Skala; Auftragsbestände: preisbereinigt.

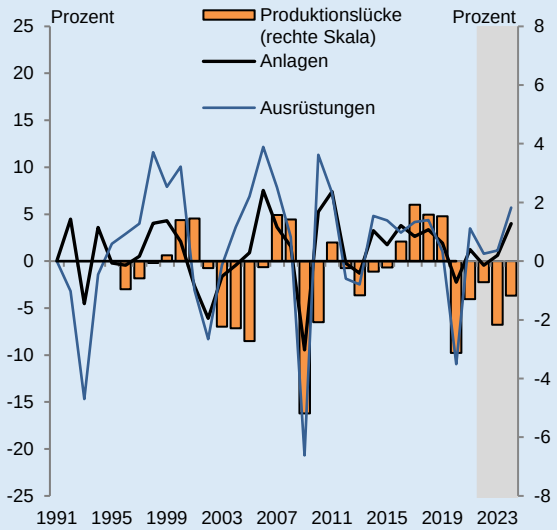
Quelle: Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Datenbank*; ifo, *Konjunkturperspektiven;* eigene Berechnungen.

deutlich eingetrübten Rahmenbedingungen relativ wenige Unternehmen über eine mangelnde Nachfrage – vielmehr sehen deutlich mehr Unternehmen den Fachkräftemangel als produktionsbehinderndes Problem an. Schließlich werden die öffentlichen Investitionen vor allem aufgrund der noch recht guten Kassenlage der Kommunen voraussichtlich recht kräftig ausgeweitet werden. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen nach einem Rückgang im laufenden Jahr um 1,8 Prozent im Jahr 2023 nochmals leicht sinken und erst im Jahr 2024 wieder merklich anziehen. Angesichts der geringeren Nachfrage und der – zumindest außerhalb der Energie – sinkenden Rohstoffpreise dürfte sich der hohe Preisauftrieb allmählich moderieren. Für das laufende Jahr zeichnet sich jedoch für die Baupreise ein Rekordanstieg von mehr als 15 Prozent ab, nach dem bereits sehr hohen Anstieg von 8,3 Prozent im Jahr 2021.

Die Ausrüstungsinvestitionen bleiben trotz der wirtschaftlichen Abkühlung recht robust. Die Rahmenbedingungen für Investitionen haben sich in den vergangenen Monaten deutlich eingetrübt. So haben sich die weltweiten Absatz- und Ertragsaussichten merklich verschlechtert und die Unsicherheit – nicht zuletzt über Versorgung mit Energierohstoffen – hat sich deutlich erhöht. Schließlich haben sich auch die Finanzierungsbedingungen spürbar verschlechtert. In solchen wirtschaftlichen Schwäche- und Unsicherheitsphasen gehen die Ausrüstungsinvestitionen erfahrungsgemäß merklich zurück (Abbildung 17). Dies spricht für einen deutlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen im kommenden Jahr, in dem die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sinken dürfte. Anders als in normalen Konjunkturzyklen trifft die Abschwächung die deutsche Wirtschaft jedoch in der Erholung von der Corona-Krise, die bei den Ausrüstungsinvestitionen bislang noch durch die Lieferengpässe verzögert wurde. Im Ergebnis lagen die Ausrüstungsinvestitionen bis zuletzt noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus, während sich die Auftragseingänge bereits seit Anfang des vergangenen Jahres oberhalb ihres Vorkrisenniveaus bewegten. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die Ausrüstungsinvestitionen trotz der Abkühlung im kommenden Jahr steigen werden, wenn auch nur leicht (Abbildung 18). Stabilisierend wirken dabei die hohen noch nicht abgearbeiteten Auftragsbestände für Investitionsgüter aus dem Inland. Die Auftragsbestände für Investitionsgüter für den inländischen Absatz lagen zuletzt rund 40 Prozent über ihrem Vorkrisenniveau – ausweislich der vom statistischen Bundesamt ausgewiesenen Auftragsreichweiten entspricht dies rund 30

Prozent einer Jahresproduktion. Zudem werden die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen merklich anziehen und könnten in den kommenden beiden Jahren jeweils rund 3 Prozentpunkte zur Zuwachsrate bei den Ausrüstungsinvestitionen beitragen. Freilich werden sich die Ausrüstungsinvestitionen voraussichtlich deutlich schwächer entwickeln als wir in unserer Sommerprognose erwartet hatten – damals waren wir noch von einem Anstieg von mehr als 10 Prozent im Jahr 2023 ausgegangen. Die Erholung wird wohl erst im Verlauf des kommenden Jahres wieder an Fahrt aufnehmen. Im Jahr 2024 dürften die Ausrüstungsinvestitionen um rund 6 Prozent steigen (Tabelle 7).

Abbildung 17:
Investitionszyklen



Jahresdaten; Anlagen, Ausrüstungen: preisbereinigt, Veränderung gegenüber Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

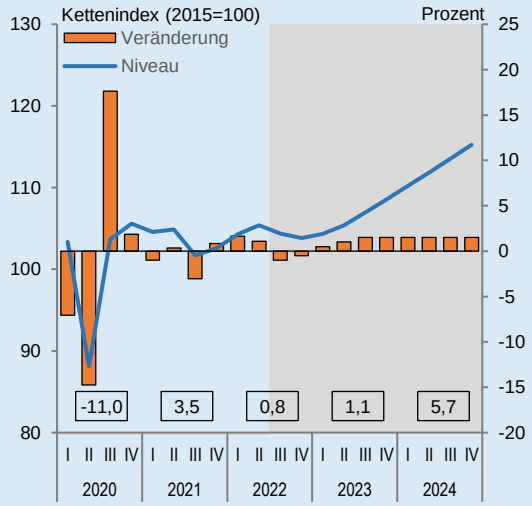
Tabelle 7:
Anlageinvestitionen

	2021	2022	2023	2024
Anlageinvestitionen	1,2	-0,4	0,6	4,0
Unternehmensinvestitionen	2,0	0,0	1,1	4,5
Ausrüstungen	3,5	0,8	1,1	5,7
Wirtschaftsbau	0,1	-3,7	-1,3	1,9
Sonstige Anlagen	1,1	1,6	3,0	4,7
Wohnungsbau	0,6	-1,7	-0,5	2,9
Öffentlicher Bau	-2,9	2,1	2,1	4,8
Nachrichtlich:				
Bauinvestitionen	0,0	-1,8	-0,4	2,9

Preisbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Abbildung 18:
Ausrüstungsinvestitionen



Quartalsdaten: preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 und 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

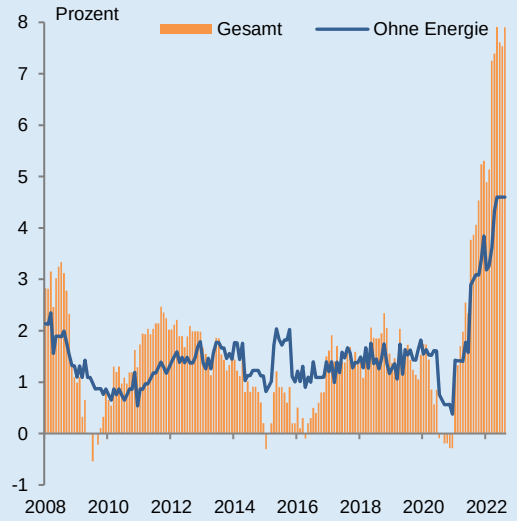
Verbraucherpreise steigen weiter kräftig

Aufgrund der sprunghaft gestiegenen Preise für Gas und Strom nimmt die Inflation weiter zu. In den vergangenen Monaten sind die Spotpreise für Gas und Strom stark gestiegen – alleine zwischen Juni und August haben sie sich jeweils verdoppelt. Die Preise auf den Terminmärkten, die als Annahme für die zukünftige Entwicklung bei Gas und Strom dieser Prognose zugrunde liegen, deuten darauf hin, dass die Preise wieder sinken, aber auf deutlich erhöhtem Niveau bleiben werden (Kasten 2). Die Energiepreissprünge werden die Verbraucher erst mit Verzögerung erreichen, da sie zumeist längerfristige Verträge mit den Energieversorgern haben. Diese haben sich ihrerseits schon früher an den Terminmärkten noch deutlich günstigere Preise gesichert, so dass auch ihre Beschaffungskosten erst nach und nach steigen, sofern der Lieferant nicht ausfällt. Im Ergebnis werden die Energiepreise ausgehend von dem ohnehin schon hohen Niveau bis weit in das kommende Jahr hinein in beschleunigtem Tempo zulegen. Von Kraftstoffen und Heizöl, deren Preise zuletzt ebenfalls kräftig zugelegt hatten, dürften im kommenden Jahr dagegen kaum noch Impulse

ausgehen. Ölpreisänderungen schlagen sich wesentlich rascher bei den Verbraucherpreisen nieder und die Preise für Rohöl waren zuletzt rückläufig und werden wohl – so unsere Annahme – weiter etwas nachgeben. Auch die übrige Verbraucherpreisinflation (Kernrate) dürfte vorerst hoch bleiben. Dafür spricht der weiterhin hohe Preisdruck in den vorgelagerten Produktionsstufen, der sich in den weiter spürbar steigenden Erzeugerpreisen widerspiegelt. Dazu kommen perspektivisch die absehbaren indirekten Effekte auf die Kernrate durch steigende Strom- und Gaspreise. Einem noch stärkeren Preisauftrieb wirkt entgegen, dass die Liefer- und Materialengpässe voraussichtlich allmählich nachlassen. Zudem dürfte die hohe Inflation die Konsumnachfrage empfindlich dämpfen und die Zahlungsbereitschaft der Haushalte für viele Güter verringern.

Die aktuellen Inflationsraten markieren historisch hohe Niveaus. Im August ist die Inflationsrate auf 7,9 Prozent gestiegen (Abbildung 19). Dieser Wert wurde bereits im Mai erreicht, bevor politische Eingriffe wie Tankrabatt und 9€-Ticket sowie die Abschaffung der EEG-Umlage die Inflationsrate drückten. Der unterliegende Preisauftrieb hat sich seitdem indes weiter verstärkt. Das Auslaufen der Sondermaßnahmen im September wird die Inflationsrate um rund 1,3 Prozentpunkte erhöhen.[4] Vergleichbare Inflationsraten wurden in den letzten 60 Jahren nur während der Ölkrisen in den Jahren 1974 und 1981 erreicht. Auch die Kernrate zog im August weiter an und stieg im Vorjahresvergleich um 4,7 Prozent, nach 4,3 und 4,1 Prozent im Juli und Juni. Die Verteuerung der Energiekomponenten stagnierte zuletzt auf einem hohen Niveau von rund 36 Prozent und trug mit 3,7 Prozentpunkten zum Preisauftrieb bei. Im August dürften die Preise für Benzin und Diesel weniger zum Anstieg der Energiekomponente beigetragen haben, der Beitrag von Erdgas hat sich aber wohl weiter erhöht. Die Beiträge der Energiekomponenten zur Inflationsrate sind derzeit erheblich. Im Juli erhöhten Kraftstoffe und Heizöl die Verbraucherpreise um 0,8 und 1 Prozentpunkte. Ebenfalls trugen Anstiege bei den Strom- und Gaspreisen rund 0,5 und 1,3 Prozentpunkten bei. Entspannungen im

Abbildung 19:
Verbraucherpreise



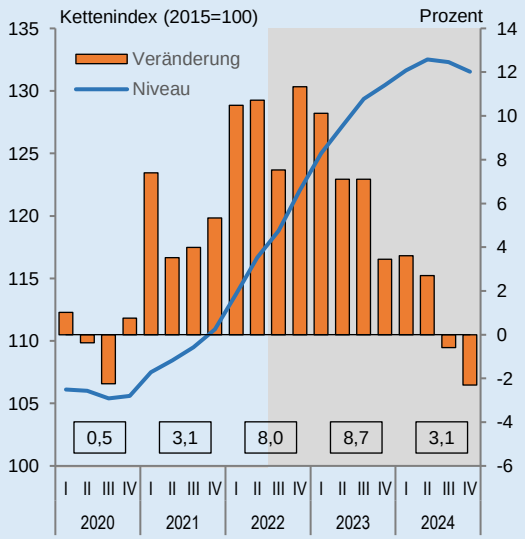
Monatsdaten, Veränderung gegenüber Vorjahresmonat.
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Zeitreihen-Datenbanken*; Berechnungen des IfW Kiel.

Bereich der Energie werden zunächst bei Kraftstoffen und Heizöl auftreten, wenn die Rohölpreise, wie hier unterstellt, ab Ende des laufenden Jahres im weiteren Prognosezeitraum leicht sinken. Für Strom und Gas ist aufgrund der längerfristigen Verträge bei der Beschaffung der Erzeuger sowie auf der Verbraucherebene mit einem langwierigeren Überwälzungsprozess zu rechnen. Gemäß unserer Annahmen für die Gas- und Strompreise – die jeweils dem Median über die im August gehandelten Terminkontrakte entsprechen – wird der Beitrag dieser Komponenten zum Ende des Jahres 2022 weiter steigen und die Inflationsraten über 10 Prozent heben. Dieser Effekt dürfte sich bis weit in das Jahr 2023 hinein fortsetzen und die Inflation in etwa auf ihren hohen Niveaus halten. Erst im Jahr 2024 werden die Gas- und Stromkomponente die Inflation wieder senken. Vor diesem Hintergrund wird die Inflation von ihrem derzeitigen hohen Niveau nochmals steigen. Im Jahr 2022 dürfte der Verbraucherpreisanstieg mit rund 8 Prozent so hoch ausfallen wie noch nie seit Erfassung der Daten im Jahr 1948. Im Jahr 2023 dürfte die Inflation durch den starken Einfluss der Gas- und Strompreise auf 8,7 Prozent steigen (Abbildung 20). Preisdämpfend dürfte dabei der jüngst angekündigte

[4] Vom Tankrabatt dürfte dabei ein Impuls von etwa 0,6 Prozentpunkten ausgehen und vom 9-Euro-Ticket ein Impuls von 0,7 Prozentpunkte.

„Strompreisdeckel“ wirken. Die genaue Ausgestaltung ist jedoch noch unklar. Für unsere Prognose haben wir unterstellt, dass durch den Strompreisdeckel der an den Terminmärkten angelegte Anstieg der Strompreise im Jahr 2023 um 50 Prozent reduziert wird. Dadurch würde die Inflation etwa um 1 Prozentpunkt niedriger ausfallen. Erst im Jahr 2024 beruhigt sich die Inflation spürbar, der Verbraucherpreisanstieg dürfte mit 3,1 Prozent aber immer noch deutlich über dem langjährigen Durchschnitt liegen.

Abbildung 20:
Verbraucherpreise



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung: Jahresrate gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 17, Reihe 7; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Löhne legen nominal sehr kräftig zu, sinken aber real

Die Löhne und Gehälter steigen so stark wie seit 30 Jahren nicht mehr, werden aber hinter den Verbraucherpreisanstiegen zurückbleiben. Für das Jahr 2022 stehen die Tarifverdienste weitestgehend fest. Die anstehenden Verhandlungen in der gewichtigen Metall- und Elektroindustrie werden das Jahresergebnis kaum beeinflussen, da sie erst im Herbst beginnen. Vor dem Hintergrund der vorliegenden Abschlüsse werden die Tarifverdienste in diesem Jahr voraussichtlich um 3,0 Prozent zulegen (Tabelle 8). Damit steigen sie zwar deutlich stärker als im vergangenen Jahr, als der Zuwachs mit 1,6 Prozent krisenbedingt gering ausfiel, allerdings weitaus schwächer als die Verbraucherpreise. Für die anstehenden Tarifverhandlungen im Prognosezeitraum gehen wir von Abschlussraten zwischen 4 und 5 Prozent aus. Allerdings stehen in einer Reihe von Branchen die Tarifverdienste auch für das kommende Jahr bereits ganz oder größtenteils fest (Bauhauptgewerbe, privates Transport- und Verkehrsgewerbe, Gebäudereinigerhandwerk, Bankgewerbe, Versicherungsgewerbe, Druckindustrie, Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie, Eisen- und Stahlindustrie; öffentlicher Dienst der Länder bis September 2023, Einzelhandel sowie Groß- und Außenhandel bis April 2023). Aufgrund dieser weit ins Jahr reichenden Tarifverträge und auf Basis der unterstellten Abschlussraten für neue Tarifverträge ergibt sich für das Jahr 2023 ein Anstieg der Tarifverdienste von 4,0 Prozent; dies wäre der höchste Zuwachs seit dem Jahr 1995. Für das Jahr 2024 rechnen wir mit einer weiteren Beschleunigung auf 4,5 Prozent, da mit fortschreitender Zeit immer mehr Tarifverträge mit vergleichsweise niedrigen Abschlussraten auslaufen und durch Verträge mit höheren Abschlussraten ersetzt werden. Neben dem Inflationsschub sorgt dabei auch die rekordhohe Arbeitskräfteknappheit für höhere Lohnabschlüsse.

Die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) werden spürbar schneller steigen als die Tarifverdienste. Während im laufenden Jahr das deutlich geringere Ausmaß der Kurzarbeit im Vergleich zum Vorjahr maßgeblich ist (Beitrag von 1,6 Prozentpunkten), spielt mit fortscheitender Zeit der höhere heimische Preisauftrieb und der dadurch steigende Verteilungsspielraum eine zunehmend wichtigere Rolle. Der Teil der Inflation, der auf verteuerte Importe aus dem Ausland zurückzuführen ist (wie die stark verteuerten Energieimporte), erhöht hingegen nicht den Verteilungsspielraum, weswegen die Lohnanstiege hinter der Verbraucherpreisinflation zurückbleiben dürften. Für starke Lohnanstiege sorgen darüber hinaus die vorherrschenden Arbeitskräfteknappheiten, die erneut einen neuen historischen Höchststand erreicht haben; mittlerweile beklagen bis zu 50 Prozent der

Unternehmen, dass Arbeitskräftemangel ein Produktionshindernis darstellt. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro brutto je Stunde zum 1. Oktober 2022 erhöht die effektiven Stundenverdienste unseren Schätzungen zufolge *ceteris paribus* um 0,9 Prozent (Kiel Insight 2022.04). Hinzu kommt ein Kompositionseffekt von 0,4 Prozentpunkten aufgrund eines Stellenverlusts und eines Rückgangs der Arbeitszeit der betroffenen Arbeitnehmer, die wir infolge der Mindestlohnerhöhung erwarten. Der Rückgang der Arbeitszeit führt auch dazu, dass die Monatsverdienste je Arbeitnehmer weniger stark steigen als die Stundenverdienste. Im laufenden Jahr beträgt der Effekt der Mindestlohnerhöhung auf den Anstieg der Pro-Kopf-Verdienste unserer Prognose zufolge 0,2 Prozentpunkte, im kommenden Jahr 0,6 Prozentpunkte. Von der Kurzarbeit dürfte im kommenden Jahr ein geringfügig dämpfender und im Jahr 2024 ein erhöhender Effekt auf die Effektivverdienste ausgehen. Alles in allem dürften die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im Prognosezeitraum mit Raten von 4,6 Prozent (2022), 4,7 Prozent (2023) und 5,2 Prozent (2024) kräftig zulegen.

Tabelle 8:
Löhne und Produktivität

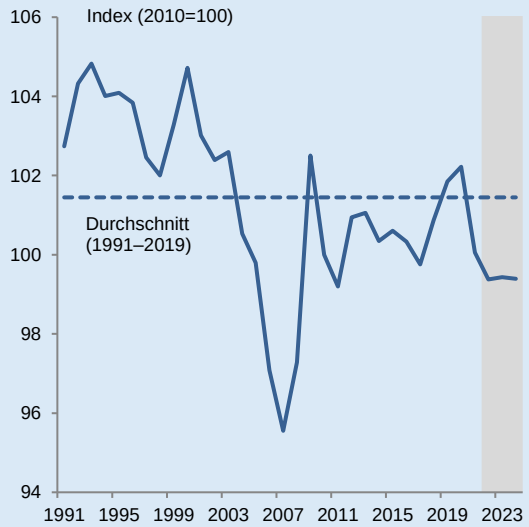
	2021	2022	2023	2024
Stundenkonzept				
Tariflöhne	1,6	3,0	4,0	4,5
Effektivlöhne	1,6	4,0	5,7	4,3
Lohndrift	0,0	1,0	1,8	-0,1
Lohnkosten	1,3	3,5	5,7	4,5
Arbeitsproduktivität	0,9	-0,6	0,1	1,5
Lohnstückkosten	0,7	4,1	5,6	2,9
Lohnstückkosten (real)	-2,3	-1,1	0,4	0,0
Personenkonzept				
Tariflöhne	1,6	3,0	4,0	4,5
Effektivlöhne	3,3	4,6	4,7	5,2
Lohndrift	1,7	1,6	0,7	0,8
Lohnkosten	3,1	4,3	4,6	5,3
Arbeitsproduktivität	2,5	0,1	-0,8	2,1
Lohnstückkosten	0,6	4,1	5,5	3,2
Lohnstückkosten (real)	-2,4	-1,1	0,3	0,2

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent; Effektivlöhne: Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Lohndrift: Differenz zwischen Tariflöhnen und Effektivlöhnen in Prozentpunkten; Lohnkosten: Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde bzw. je Arbeitnehmer; Arbeitsproduktivität: Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) je Erwerbstätigenstunde bzw. je Erwerbstätigen; Lohnstückkosten: Lohnkosten in Relation zur Arbeitsproduktivität; Lohnstückkosten (real): Lohnstückkosten deflationiert mit dem Deflator des Bruttoinlandsprodukts..

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Deutsche Bundesbank, Tarifverdienststatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die realen Lohnstückkosten sinken auf ein relativ niedriges Niveau. Nach dem vergleichsweise hohen Niveau im Jahr 2020 gaben die realen Lohnstückkosten im vergangenen Jahr recht deutlich nach, da sich die Arbeitsproduktivität je Erwerbstätigen im Zuge der Erholung von der Corona-Krise erholte und sich die heimischen Preise (gemessen am Deflator des Bruttoinlandsprodukts) bereits beschleunigten (Abbildung 21). Trotz schwächelnder Arbeitsproduktivität im Zuge der Rezession dürften die realen Lohnstückkosten auch im laufenden Jahr rückläufig sein, da die Lohnanstiege den äußerst kräftigen Preisanstiegen hinterherhinken. Im langjährigen Vergleich wird das Verhältnis von Lohnkosten zu Preisen und Arbeitsproduktivität dadurch im Prognosezeitraum recht günstig ausfallen, was die Arbeitsnachfrage und damit die Beschäftigungsentwicklung stützen wird.

Abbildung 21:
Reale Lohnstückkosten



Jahresdaten; Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmerstunde (nominal) in Relation zur Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde (nominal).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Erwerbstätigkeit überschreitet Zenit

Die Kurzarbeit schrumpfte zuletzt weiter, aber die Erwerbstätigkeit legte bereits nicht mehr so stark zu. Die Zahl der Kurzarbeiter sank

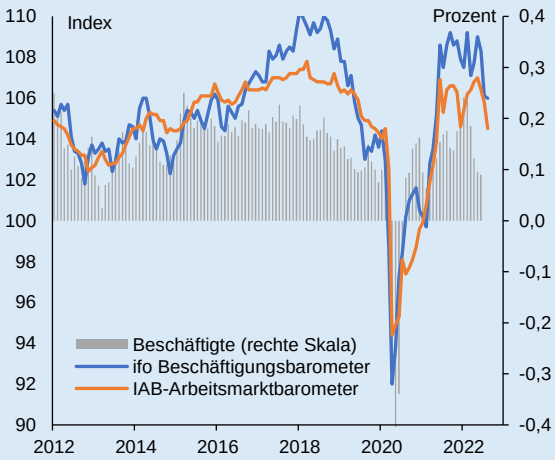
weiter auf zuletzt rund 260 000 Personen im Juni – bei einem durchschnittlichen Arbeitsausfall von 35 Prozent. Das Ausmaß der Kurzarbeit entsprach damit einem Äquivalent von rund 90 000 Arbeitnehmern. Zum Vergleich: Auf dem Höhepunkt der Corona-Krise im April 2020 lag das Beschäftigtenäquivalent bei 3 Mill. Arbeitnehmern, vor Ausbruch der Pandemie waren es 30 000 Arbeitnehmer. Die bis Ende August eingegangenen Anzeigen zur Kurzarbeit waren rückläufig und befanden sich auf niedrigem Niveau, so dass die Kurzarbeit bis August weiter abgenommen haben dürfte. Zudem endete mit Ablauf des 30. Juni eine Reihe von Sonderregelungen, die die Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld attraktiver gestaltete.[5] Die Zahl der Erwerbstätigen stieg weiter auf saisonbereinigt 45,6 Mill. Personen im Juli. Während der Anstieg der Erwerbstätigkeit zwischen März 2021 und März 2022 noch bei durchschnittlich knapp 60 000 Personen pro Monat lag, waren die Zuwächse zwischen April und Juli 2022 nur noch halb so hoch. Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau weiter von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Die Zahl der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten stagnierte hingegen, und die Zahl der Selbständigen setzte ihren seit nun 10 Jahren bestehenden Abwärtstrend fort.

Die Arbeitslosigkeit ist aufgrund der Erfassung ukrainischer Flüchtlinge sprunghaft gestiegen. Im August waren saisonbereinigt 2,5 Mill. Erwerbspersonen als arbeitslos registriert (Quote: 5,5 Prozent). Damit ist die Zahl der Arbeitslosen seit Mai saisonbereinigt um rund 200 000 Personen gestiegen. Der sprunghafte Anstieg hat keine konjunkturellen Gründe, sondern ist der Erfassung ukrainischer Flüchtlinge geschuldet, die seit dem 1. Juni Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten. Demensprechend beschränkte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit auf den Rechtskreis SGB II. Im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) lag die Zahl der Arbeitslosen hingegen unverändert auf dem Niveau der Vormonate.

Die Erwerbstätigkeit dürfte im Prognosezeitraum ihren Zenit überschreiten. Der Beschäftigungsaufbau dürfte in den kommenden Monaten weiter an Fahrt verlieren, nicht zuletzt weil die Erholung von der Corona-Krise bereits weit vorangeschritten ist. Auf eine Verlangsamung deuten auch die Frühindikatoren wie das ifo Beschäftigungsbarometer oder das IAB-Arbeitsmarktbarometer hin, die sich zuletzt auf hohem Niveau verschlechtert haben (Abbildung 22). Ab dem kommenden Jahr dürfte die Erwerbstätigkeit dann sinken (Abbildung 23). Zunächst wird zum 1. Oktober 2022 der gesetzliche Mindestlohn auf 12 Euro je Stunde erhöht. Angesichts der hohen Eingriffsintensität gehen wir von Beschäftigungsverlusten aus, die sich nach und nach materialisieren werden (Kiel Insight 2022.04). Darüber hinaus wird die Rezession die Arbeitsnachfrage der Unternehmen spürbar dämpfen. Die sich bereits seit Jahren verschärfende Arbeitskräfteknappheit dürfte allerdings dazu geführt haben, dass der Personalbestand in den Unternehmen aktuell niedriger ist als geplant, so dass die Folgen einer verringerten Arbeitsnachfrage für die Beschäftigung geringer ausfallen dürften. Mit fortschreitender Zeit macht sich die Alterung der Bevölkerung schließlich immer deutlicher im Arbeitskräfteangebot bemerkbar. Hierdurch ist – unabhängig von der Rezession – ein Rückgang der Erwerbstätigkeit gegen Ende des Prognosezeitraum und in der mittleren Frist angelegt. Dem entgegen wirkt zu einem gewissen Grad die Integration der ukrainischen Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt. Unseren Annahmen zufolge erhöht dies für sich genommen die Zahl der Erwerbstätigen um reichlich 200 000 Personen bis Ende des Jahres 2024.

[5] Zum 30. Juni endeten die verlängerte Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld, die mit der Bezugsdauer steigende Höhe von Kurzarbeitergeld, die Anrechnungsfreiheit von Hinzuverdiensten aus einem Minijob sowie die Möglichkeit von Kurzarbeit bei Leiharbeitnehmern. Verlängert um weitere drei Monate bis 30. September wurden hingegen die erleichterten Zugangsvoraussetzungen, wonach mindestens 10 Prozent der Beschäftigten (statt mindestens ein Drittel) von einem Arbeitsausfall betroffen sein müssen und wonach keine Minusstunden aufgebaut werden müssen; das jüngste Maßnahmenpaket der Bundesregierung sieht hierfür eine Verlängerung über den 30. September hinaus vor. Außerdem werden den Unternehmen weiterhin die Sozialversicherungsbeiträge für die ausgefallenen Arbeitsstunden zur Hälfte erstattet, wenn die Kurzarbeit mit einer Weiterbildung eingeht.

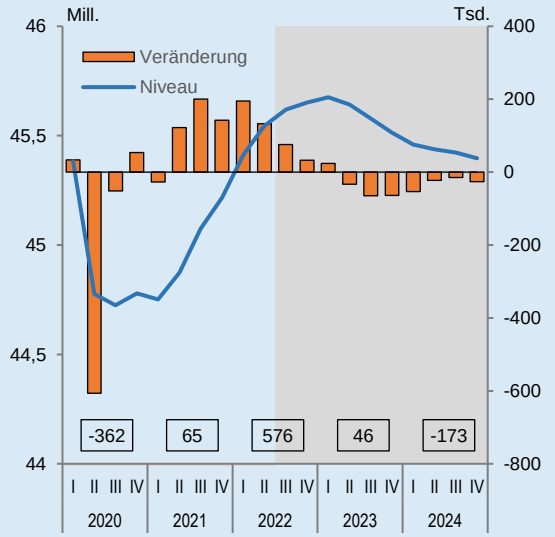
Abbildung 22:
Arbeitsmarktindikatoren



Monatsdaten; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Veränderung zum Vormonat (Dreimonatsschnitt), saisonbereinigt. ifo Beschäftigungsbarometer: umbasiert auf 2015=105. IAB-Arbeitsmarktbarometer: 90=sehr schlechter Ausblick, 110=sehr guter Ausblick.

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, *Saisonbereinigte Zeitreihen*; ifo Institut; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IfW Kiel.

Abbildung 23:
Erwerbstätige

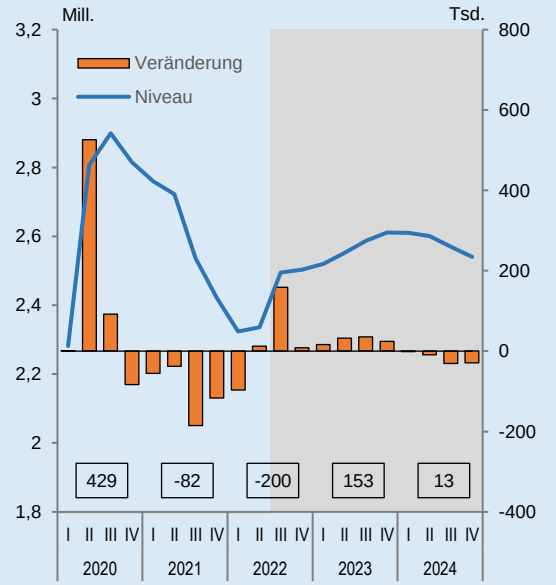


Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Die Arbeitslosigkeit nimmt im Zuge der Rezession vorübergehend zu. Die Erfassung ukrainischer Flüchtlinge in der Arbeitslosenstatistik dürfte die Zahl der Arbeitslosen nach dem laufenden dritten Quartal nur noch geringfügig beeinflussen (Abbildung 24). Die nachlassende Arbeitsnachfrage im Zuge der Rezession wird zu einem vorübergehenden Anstieg der Arbeitslosigkeit insbesondere im Verlauf des kommenden Jahres führen. Im Jahr 2024 macht sich die darauffolgende wirtschaftliche Erholung in einem leichten Rückgang bemerkbar. Die Kombination aus sinkender Arbeitslosigkeit und sinkender Erwerbstätigkeit ist dabei dem alterungsbedingten Schrumpfen des Arbeitskräfteangebots geschuldet. Im Jahresdurchschnitt liegt die Arbeitslosenquote in den Jahren 2023 und 2024 bei 5,6 Prozent bzw. 5,5 Prozent, nach 5,3 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 9).

Abbildung 24:
Arbeitslose



Quartalsdaten: saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte Skala).
Jahresdaten: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Tsd. (gerahmt).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Öffentliche Haushalte verharren im Defizit

Im laufenden Jahr sinkt das Defizit der Öffentlichen Haushalte deutlich. Trotz erheblicher Mehrausgaben und Mindereinnahmen im Zuge von „Entlastungspaketen“ nehmen die Einnahmen deutlich stärker zu als die Ausgaben. Der öffentlichen Hand kommt zugute, dass viele

Tabelle 9:
Beschäftigung (1 000 Personen)

	2020	2021	2022	2023	2024
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	59.249	60.281	61.507	61.017	61.125
Erwerbstätige (Inland)	44.914	44.980	45.556	45.601	45.428
Selbständige	4.055	3.958	3.897	3.838	3.778
Arbeitnehmer (Inland)	40.859	41.022	41.658	41.764	41.651
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	33.579	33.897	34.536	34.750	34.813
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.290	4.101	4.097	3.980	3.803
Pendlersaldo	94	114	137	145	145
Erwerbstätige (Inländer)	44.821	44.866	45.419	45.456	45.283
Arbeitnehmer (Inländer)	40.766	40.908	41.521	41.618	41.505
Registrierte Arbeitslose	2.695	2.613	2.414	2.566	2.579
Arbeitslosenquote (Prozent)	5,9	5,7	5,3	5,6	5,5
Erwerbslosenquote (Prozent)	3,4	3,3	2,7	3,0	3,1

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2; Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht; Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

coronabedingte Ausgaben entfallen und der recht steuerergiebige nominale Konsum durch das Abflauen der Pandemie und den Anstieg der Verbraucherpreise ein größeres Gewicht am Bruttoinlandsprodukt erhalten hat. Dieser Rückenwind wird in den folgenden beiden Jahren deutlich nachlassen, so dass trotz eines Rückgangs der expansiven Maßnahmen das Defizit im Jahr 2024 höher ausfallen dürfte als im laufenden Jahr.

Die Einnahmen legen im Jahr 2022 deutlich zu, wenn auch etwas langsamer als im Vorjahr. Die geringeren Auswirkungen der Pandemie und der Anstieg der Verbraucherpreise wird begleitet von einer sinkenden Sparquote und einem reduzierten Außenbeitrag. Dies führt zu einem rasanten Anstieg der Umsatzsteuereinnahmen, so dass die Reduktion des Satzes auf Erdgas zum Ende des Jahres kaum ins Gewicht fällt. Deutlich im Plus ist trotz der zusätzlichen Anhebung des Grundfreibetrags auch die Lohnsteuer. Die gewinnabhängigen Steuern nehmen zwar nicht so rasant zu wie im Vorjahr, doch blieb auch hier das Tempo in der ersten Jahreshälfte sehr hoch. Zum Jahresende erwarten wir im Zusammenspiel mit der konjunkturellen Eintrübung eine deutliche Verlangsamung. Insgesamt legen die Steuereinnahmen merklich zu. Ein deutliches Plus zeichnet sich auch bei den Beitragseinnahmen ab, die vom stabilen Arbeitsmarkt getragen werden. Die übrigen Einnahmen des Staates steigen hingegen nur leicht, weil die Vermögenseinkommen sich nur verhalten entwickeln und die Zuwächse bei Verkäufen und Transfers von Seiten der EU (DARP) des vergangenen Jahres sich nicht wiederholen. Insgesamt legen die Einnahmen des Staates um 6,7 Prozent auf 1826 Mrd. Euro zu (Tabelle 10).

Der Ausgabenanstieg lässt im Jahr 2022 deutlich nach. Dies ist aber nahezu ausschließlich den rückläufigen Subventionen geschuldet, in denen der Rückgang der nach dem Beginn der Pandemie eingeführten Unternehmenshilfen aufscheint. Weiterhin hohe Zuwächse zeigen sich hingegen bei den Vorleistungskäufen, den sozialen Sachleistungen und den Arbeitnehmerentgelten. Zwar entfallen auf diesen Bereichen auch pandemiebedingte Ausgaben, doch finden weiterhin Tests und Impfungen statt und die Finanzhilfen für Kliniken, die teilweise als Vorleistungen gebucht werden, gingen erst zum Sommer zurück. Zudem gibt es zusätzliche Ausgaben im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine und einen deutlichen Anstieg anderer Gesundheitsausgaben. Deutlich im Plus sind die Bruttoinvestitionen des Staates. Maßgeblich ist hier der rasante Anstieg der Baupreise und Lagerinvestitionen im Zuge der vom Bund finanzierten Gaskäufe. Einen merklichen Anstieg gibt es auch bei den geleisteten Vermögenseinkommen. Hier machen sich die Zinswende und die gestiegenen Kupon-Zahlungen für inflationsindexierte Anleihen bemerkbar. Ein Rückgang zeigt sich

Tabelle 10:
Einnahmen und Ausgaben des Staates (Mrd. Euro)

	2020	2021	2022	2023	2024
Einnahmen	**1.569,1**	**1.711,7**	**1.826,4**	**1.885,9**	**1.978,0**
→relativ zum BIP	*46,1*	*47,5*	*47,5*	*46,5*	*46,8*
Steuern	774,5	877,8	953,1	963,4	1.004,2
→relativ zum BIP	*22,7*	*24,4*	*24,8*	*23,8*	*23,7*
Sozialbeiträge	608,1	633,7	667,8	706,8	748,8
→relativ zum BIP	*17,9*	*17,6*	*17,4*	*17,4*	*17,7*
Sonstige Einnahmen	186,5	200,3	205,5	215,8	225,0
→relativ zum BIP	*5,5*	*5,6*	*5,3*	*5,3*	*5,3*
Ausgaben	**1.716,6**	**1.846,0**	**1.890,9**	**1.974,7**	**2.067,0**
→relativ zum BIP	*50,4*	*51,3*	*49,2*	*48,7*	*48,9*
Arbeitnehmerentgelt	284,3	294,4	306,4	316,5	328,5
Vorleistungen	209,4	227,2	242,0	248,4	257,3
Soziale Sachleistungen	304,9	330,0	359,0	372,8	384,8
Bruttoinvestitionen	93,2	93,4	109,0	113,6	131,8
Geleistete Vermögenseinkommen	21,5	20,8	24,2	26,5	28,9
Monetäre Sozialleistungen	600,0	610,9	641,4	672,4	709,3
Subventionen	73,4	111,6	53,7	52,6	50,2
Sonstige laufende Übertragungen	82,6	90,4	93,2	98,0	99,9
Vermögensübertragungen	48,1	68,1	62,7	74,7	77,0
Sonstige Ausgaben	-1,2	-1,2	-1,1	-1,1	-1,1
Finanzierungssaldo	**-147,6**	**-134,3**	**-64,5**	**-88,8**	**-89,0**
→relativ zum BIP	*-4,3*	*-3,7*	*-1,7*	*-2,2*	*-2,1*
Einnahmen der Gebietskörperschaften	**1003,8**	**1116,4**	**1200,6**	**1214,4**	**1265,6**
Ohne Transfers von der Sozialversicherung	993,2	1.109,8	1.191,5	1.213,2	1.264,4
Transfers der Sozialversicherung	10,6	6,6	9,1	1,2	1,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften	**1.116,5**	**1.255,0**	**1.264,5**	**1.292,3**	**1.341,5**
Ohne Transfers an die Sozialversicherung	975,2	1.097,3	1.097,4	1.145,8	1.202,6
Transfers an die Sozialversicherung	141,4	157,7	167,2	146,5	138,9
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	**-112,7**	**-138,5**	**-63,9**	**-77,9**	**-75,9**
Einnahmen der Sozialversicherung	**717,9**	**783,5**	**802,8**	**823,9**	**854,0**
Ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	576,6	625,8	635,7	677,5	715,1
Ausgaben der Sozialversicherung	**752,7**	**779,2**	**802,4**	**827,6**	**864,5**
Ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	742,1	772,6	793,3	826,4	863,3
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	**-34,8**	**4,3**	**0,4**	**-3,6**	**-10,6**

Abweichungen der Summen rundungsbedingt. Relativ zum BIP in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; Berechnungen des IfW Kiel; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

hingegen bei den Vermögenstransfers. Diese sind im Jahr 2021 wegen vermehrter Leistungen des Energie- und Klimafonds (EKF) bzw. Klimatransformationsfonds (KTF), Eigenkapitalhilfen für die Deutsche Bahn und Erstattungen an Unternehmen infolge eines Gerichtsurteils deutlich gestiegen. Zwar steigen die Zahlungen des EKF/KTF weiter an, doch entfallen die anderen beiden Positionen. Ein deutliches Plus wird es trotz der guten Arbeitsmarktlage bei den monetären Sozialleistungen geben. Maßgeblich sind hier Einmalzahlungen aus den Entlastungspaketen. Zudem gab es zur Jahresmitte einen deutlichen Anstieg der Renten, und bedingt durch die Fluchtmigration aus der Ukraine werden vorübergehend mehr Menschen in der Grundsicherung

sein. In der Summe steigen die Ausgaben in diesem Jahr um 2,4 Prozent auf 1891 Mrd. Euro und liegen damit 65 Mrd. über den Einnahmen. Das Budgetdefizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sinkt damit von 3,7 Prozent in Jahr 2021 auf 1,7 Prozent.

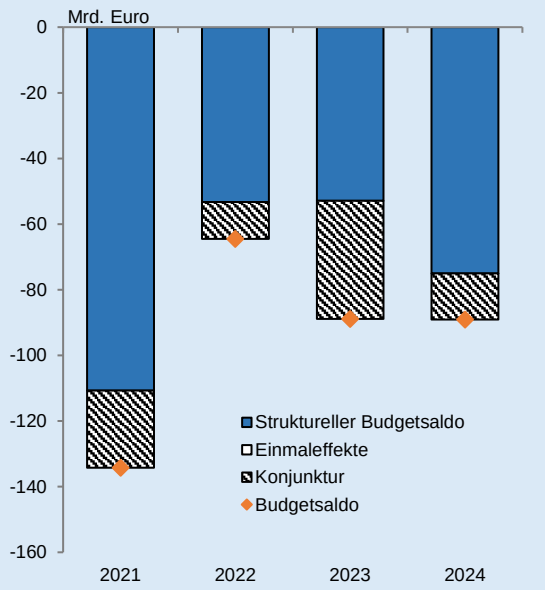
Die Einnahmen steigen im Jahr 2023 mit geringerem Tempo. Der Konjunkturabschwung macht sich bei den Steuereinnahmen bemerkbar. Insbesondere die Gewinnsteuern dürften zur Schwäche tendieren. Zugleich mindert die Verschiebung der Tarifeckwerte in der Einkommensteuer, das Ausweiten diverser Abzugsbeträge und der reduzierte Mehrwertsteuersatz auf Erdgas die Einnahmen, so dass die Steuern insgesamt wohl nur sehr moderat zulegen werden. Etwas mehr Dynamik ist für die Beitragseinnahmen zu erwarten, auch weil die Sätze in der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung angehoben werden. Die sonstigen Einnahmen legen unterstützt von höheren Tarifen bei der Lkw-Maut wieder etwas schneller als im Vorjahr zu. Insgesamt steigen die Einnahmen um 3,3 Prozent auf 1886 Mrd. Euro.

Der Ausgabenanstieg beschleunigt sich wieder im kommenden Jahr. Zwar sind die Konsumausgaben des Staates weniger energieintensiv als die der privaten Haushalte, doch dürfte die Energiepreisinflation die Ausgaben des Staates auch jenseits der Entlastungspakete erreichen. So dürften die Vorleistungskäufe im Plus sein, obwohl Impulse aus dem Vorjahr im Zuge der Fluchtmigration aus der Ukraine entfallen. Der Anstieg der sozialen Sachleistungen dürfte geringer sein als im Vorjahr. Hier dürfte die Inflation zwar Ausgaben für Medikamente und Hilfsmittel erreichen, doch ist absehbar, dass die Honorarverhandlungen mit den niedergelassenen Ärzten keinen deutlichen Preisauftrieb nach sich ziehen. Weiter aufwärtsgerichtet sind die Zinsausgaben des Staates und bei den Vermögenstransfers gibt es ein deutliches Plus, das von Mehrausgaben des KTF und Stützungsmaßnahmen für Energieunternehmen geprägt ist. Merklich legen angesichts der anstehenden Ausrüstungsinvestitionen für die Bundeswehr die Bruttoinvestitionen des Staates zu, wobei der Zuwachs des Vorjahres nicht erreicht wird, schließlich dürfte es mit Blick auf die mit öffentlichen Mitteln erworbenen Gasvorräte tendenziell zu einem Lagerabbau kommen. Minderausgaben dürften sich bei den Subventionen einstellen, da annahmegemäß keine coronabedingten Zahlungen mehr erfolgen und wir davon ausgehen, dass es im Jahr 2023 wegen der hohen Strompreise keinen Bedarf gibt, die abgeschaffte EEG-Umlage auszugleichen. Die monetären Sozialleistungen dürften trotz des Wegfalls von Einmalzahlungen wie der Energiepauschale in ähnlichem Tempo zulegen wie im Vorjahr, da der Rentenanstieg im Jahresdurchschnitt höher ausfallen dürfte, deutliche Mehrausgaben für Kindergeld, Wohngeld und Grundsicherung (Bürgergeld) anstehen und es keine Entlastung von Seiten des Arbeitsmarkts gibt. Insgesamt werden die Ausgaben mit 4,4 Prozent wohl etwas schneller steigen als die Einnahmen, und das Defizit weitet sich auf 89 Mrd. Euro (2,2 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) aus.

Der Budgetsaldo 2024 ändert sich gegenüber dem Vorjahr kaum. Die Einnahmen des Staates legen zwar trotz der abermaligen Verschiebung der Tarifeckwerte in der Einkommensteuer wieder etwas stärker zu. Doch ist das Plus bei den Ausgaben auch merklich, obwohl einige öffentliche Haushalte angesichts der Defizite des Vorjahres vorsichtiger agieren werden. Allerdings dürften insbesondere die Sondervermögen des Bundes Mehrausgaben auf den Weg bringen. Ablesbar ist dies bei den Bruttoinvestitionen und den Vermögenstransfers, so dass das Budgetdefizit leicht auf 89 Mrd. Euro (2,1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) steigen wird. In struktureller Betrachtung liegt der Budgetsaldo somit im Jahr 2024 niedriger als im laufenden Jahr (Abbildung 25).

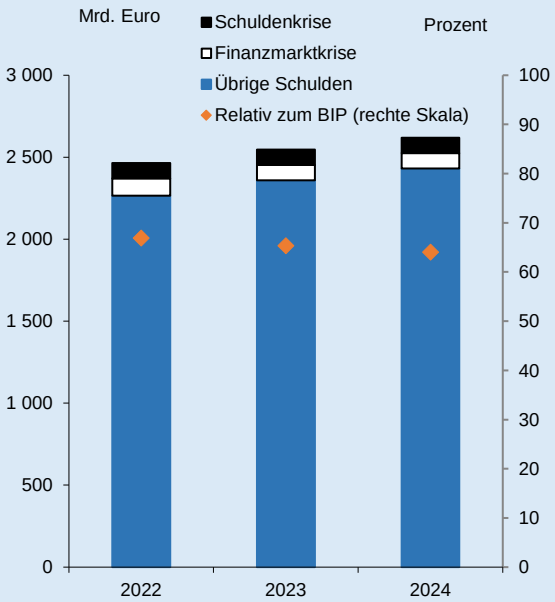
Trotz der anhaltenden Defizite dürfte der Bruttoschuldenstand relativ zur Wirtschaftsleistung im Prognosezeitraum zurückgehen. Der Bruttoschuldenstand in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt dürfte von 69 Prozent im Jahr 2021 auf 65 Prozent im Jahr 2024 sinken (Abbildung 26). Maßgeblich für den Rückgang ist der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, da zugleich merkliche Defizite anfallen und insbesondere der Bund im Prognosezeitraum im Zuge der Energiekrise Kredite ausgibt und Unternehmensanteile erwirbt, die zwar nicht den Finanzierungssaldo berühren, aber mit zusätzlicher Staatsverschuldung einhergehen.

Abbildung 25:
Struktureller Budgetsaldo



Quelle: Europäische Kommission, *AMECO;* Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Abbildung 26:
Bruttoschuldenstand



Schuldenkrise: Verbindlichkeiten, die durch das erste Griechenlandpaket, die Einlagen im ESM und die über die EFSF abgewickelten Bürgschaften entstehen. Finanzmarktkrise: Verbindlichkeiten, die den Gebietskörperschaften durch die Bankenrettung entstehen: FMS-Wertmanagement und EAA.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; BMF, *Monatsbericht*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Risiken und Wirtschaftspolitik

Hochvolatile Spot- und Terminmärkte für Erdgas und Strom spiegeln niedrige Preiselastizitäten und große Versorgungsunsicherheit wider. Die angebots- wie nachfrageseitigen Preiselastizitäten sind auf dem Markt für Erdgas und Strom kurzfristig sehr gering. Demzufolge schlagen auch kleinere Veränderungen in den Liefermengen bzw. in der Beurteilung der zukünftigen Mengenverfügbarkeit erheblich auf die Preise durch. Simulationsrechnungen zufolge steht zwar eine Gasmangellage im kommenden Winter im Medianszenario auch dann nicht zu befürchten, wenn – wie in dieser Prognose unterstellt – die russischen Lieferungen versiegen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2022). Freilich ist das nicht sicher. So bestünde in diesem Fall eine Wahrscheinlichkeit von 20 Prozent dafür, dass die Erdgasversorgung der industriellen Verbraucher so stark rationiert werden müsste, dass allein durch die Erst- und Zweitrundeneffekte (Produktionsrückgang in den gasintensiven Industrien und bei ihren unmittelbaren Abnehmern) im kommenden Jahr ein Wertschöpfungsverlust von rund 46 Mrd. Euro aufträte. Mit Blick auf das Winterhalbjahr 2023/2024 ist die Ausgangssituation aus heutiger Sicht ungünstiger, weil im Verlauf des kommenden Jahres die Speicher wohl nicht in gleichem Maße gefüllt werden können wie im laufenden Jahr. Allerdings verbleibt bis dahin Zeit, um angebotsseitige und nachfrageseitige Alternativen zu erschließen.

Erhebliche Verteilungs- und Konjunktureffekte stark steigender Energiepreise erhöhen die Politikunsicherheit. Hohe Energiepreise führen insbesondere bei privaten Haushalten mit niedrigen Einkommen zu erheblichen Belastungen und politischen Spannungen. Angesichts hoher Konsumquoten einkommensschwacher Haushalte resultieren daraus auch stärkere konjunkturelle Risiken für die übrigen konsumnahen Wirtschaftsbereiche. Dies macht politische Eingriffe in die Preisgestaltung bzw. abfedernde Transferzahlungen („Entlastungspakete“) wahrscheinlich. Für die Prognose resultiert daraus eine zusätzliche Unsicherheit, weil sie hinsichtlich diskretionärer Politikmaßnahmen einen Status-Quo-Ansatz verfolgt. In dieser Prognose wurde davon insofern abgewichen, dass für den

Strommarkt entsprechende Maßnahmen unterstellt sind, ohne dass dafür bereits eine gesetzliche Grundlage vorliegt. Ob es schließlich so kommt und die entsprechende Wirkung erzielt wird, ist unsicher. Zudem sind weitere Eingriffe – insbesondere in den Erdgasmarkt – denkbar, über deren Zuschnitt bislang aber noch keine Klarheit besteht.

Gesamtwirtschaftlich ist ein Abfedern kurzfristiger Preisspitzen ratsam, setzt jedoch eine strategische Neuausrichtung der Energiepolitik voraus. Mit dem russischen Erdgas ist ein wichtiger Brückenenergieträger weggefallen, der bislang im Rahmen der Energiewende eingeplant war. Damit stellt sich die Frage, welcher regelbare Ersatzenergieträger an die Stelle tritt. Hiervon hängt der mittelfristige Energiepreispfad ab, der sich nach den kurzfristigen Turbulenzen herausbilden kann. Eine Vorstellung darüber ist wiederum für die Wirtschaftspolitik erforderlich, um das Ausmaß des Preisbuckels abzuschätzen und seine Folgen intertemporal zu glätten. Denn es wäre wirtschaftspolitisch nicht sinnvoll, einen strukturellen Energiepreisanstieg über staatliche Subventionen zu drosseln. Vielmehr sollte man die notwendigen strukturellen Anpassungen an neue Relativpreise im Wirtschaftsgefüge ablaufen lassen. Je technologieoffener die Politik dabei agiert (einschließlich der Kernenergie und heimischer Erdgasvorkommen), desto niedriger könnte der zukünftige Preispfad liegen und bereits heute beruhigend auf die zeitferneren Terminmärkte wirken. Angesichts der durch hohe Energiepreise verschärften Verteilungskonflikte geht von der Energieangebotspolitik auch eine erhebliche sozialpolitische Wirkung aus.

Preiseingriffe am Erdgasmarkt erfordern staatliche Subventionen und verwässern den Lenkungseffekt. Erdgas wird bislang nahezu vollständig aus dem Ausland bezogen. Produzentenrenten infolge hoher Preise lassen sich daher in Deutschland kaum abschöpfen. Ein Gaspreisdeckel, der Kunden in Deutschland den Bezug von Gas unterhalb des Weltmarktpreises ermöglicht, erfordert daher den Einsatz von Subventionen und wäre fiskalisch entsprechend belastend. Zugleich würden damit Anreize zur Reduktion des Gasverbrauchs verwässert, wodurch eine Gasmangellage für die Industrie wahrscheinlicher würde. Verteilungspolitisch sind Preiseingriffe zudem wenig zielgenau. Zweckmäßiger wäre es daher, die Preissignale wirken zu lassen und die Betroffenen in Abhängigkeit ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit durch Transfers zu entlasten, wobei es den Begünstigten freigestellt bleiben sollte, wofür die Transfers verwendet werden. Diese sollten daher so ausgestaltet sein, dass sie nicht an den aktuellen Gasverbrauch gebunden sind. Überdies bietet sich an, Eingriffe in den Gasmarkt EU-weit zu koordinieren. Denn in dem Maße, wie einzelne Länder den Bezug von Gas durch staatliche Instrumente verbilligen, schwächen sich die preisinduzierten Nachfragerückgänge ab, so dass bei ähnlicher Politik in allen Ländern der Weltmarktpreis (insbesondere für LNG) weiter befeuert wird. Im Ergebnis profitierten dann die Produzenten und nicht die Verbraucher von staatlichen Subventionen.

Am Strommarkt bestehen bei hohen Preisen Spielräume zum Umverteilen von Produzentenrenten. Wie auch auf anderen Märkten kommen am Strommarkt zunächst diejenigen Angebotsmengen zum Zuge, die sich mit den niedrigsten variablen Kosten produzieren lassen (Merit-Order-Prinzip). Das stellt sicher, dass der Markt insgesamt zu den geringstmöglichen Kosten bedient wird. In Deutschland sind Gaskraftwerke der maßgebliche Lieferant regelbaren Stroms. Infolge sehr hoher Gaspreise sind deren Grenzkosten massiv gestiegen. Muss verstärkt auf Gaskraftwerke zurückgegriffen werden, um den Strombedarf zu decken, bilden sich so sehr hohe markträumende Strompreise. Von diesen profitieren diejenigen Stromproduzenten, die mit sehr niedrigen variablen Kosten produzieren (insbesondere EE-Anlagen und Atomkraftwerke), so dass dort hohe Produzentenrenten anfallen. Diese „Zufallsgewinne“ entstehen im Wesentlichen im Inland und können daher – anders als die Einnahmen von Gasproduzenten – grundsätzlich abgeschöpft werden, um damit die Stromkunden zu entlasten. Derzeit ist geplant, mit diesem Mittel einen weiteren Anstieg der Netzentgelte zu verhindern. Das ist zweckmäßig. Netzentgelte decken die für den Netzbetrieb anfallenden Systemkosten der Stromverteilung ab. Fasst man gedanklich Stromerzeugung und -verteilung zusammen, so liegen bei der Zuschaltung von Gaskraftwerken die Grenzkosten (und damit der Strompreis) erheblich über den

Durchschnittskosten (von Stromerzeugung und -verteilung). Es ist daher sachgerecht, anfallende Deckungsbeiträge aus hohen Produzentenrenten für die Abdeckung der Fixkosten des Stromsystems heranzuziehen, um nicht die Stromkunden bei hohen Erzeugungskosten (die sich anteilig in höhere Stromtarife überwälzen) zusätzlich mit dem Netzentgelt (als Umlage für die Fixkosten der Verteilung) zu belasten. In einer Situation, in der die Fixkosten bereits aus den Einnahmen zu Grenzkostenpreisen gedeckt werden können, wäre es auch allokativ nicht angezeigt, die Fixkosten (in Form des Netzentgeltes) den Kunden zusätzlich durch einen Aufschlag auf den Grenzkostenpreis in Rechnung zu stellen, weil dies den Preis einer Kilowattstunde nach oben verzerrt. Grundsätzlich könnte das angedachte Modell zur Umverteilung von Produzentenrenten im Strommarkt nicht nur als Bremse gegen steigende Netzentgelte, sondern auch genutzt werden, in Hochpreisphasen am Strommarkt Netzentgelte zu senken, die derzeit mit über 8 ct/kWh einen erheblichen Teil des Strompreises ausmachen. Ein in diesem Sinne überarbeitetes Strommarktdesign würde das Abschöpfen von hohen Produzentenrenten an ökonomischen Kriterien ausrichten, was mit Blick auf Investitionsanreize günstiger ist als eine willkürliche Besteuerung von „Zufallsgewinnen“.

Die Finanzpolitik muss Zielkonflikte austarieren. Stabilitätspolitisch gibt es zwei konkurrierende Ziele. Zum einen kann die Finanzpolitik in einer Währungsunion eine wichtige Rolle spielen, die nationale Inflation einzuhegen, zum anderen gilt es soziale Härten zu vermeiden und angesichts von Preisturbulenzen Strukturen zu bewahren, die durch die Turbulenzen zwar akut gefährdet, aber nach einer Normalisierung wieder solide sind. In welchem Ausmaß expansive Finanzpolitik genutzt werden kann, hängt zentral davon ab, wie sich die mittelfristigen Aussichten entwickeln. Sofern Strukturen dauerhaft infrage gestellt sind, wäre es ein Fehler, diese mit finanzpolitischen Mitteln zu konservieren; dies würde die Inflation verfestigen. Generell sollte bei permanenten negativen Angebotsschocks der Expansionsgrad der Geld- und Finanzpolitik reduziert werden. Derzeit treten negative Schocks durch den Wegfall russischer Gaslieferungen sowie durch Wetterextreme auf. Zudem deuten sich die Konsequenzen des demografischen Wandels am Arbeitsmarkt in Form des Fachkräftemangels bereits an. Eine baldige Rückkehr zu russischen Gaslieferungen ist derzeit nicht absehbar, Wetterextreme werden im Zuge des Klimawandels vermutlich häufiger auftreten und die Generation der Babyboomer wechselt demnächst vermehrt in den Ruhestand. Ein Teil der aktuellen angebotsseitigen Probleme dürften demnach fortbestehen.

Temporäre Turbulenzen sollte die Finanzpolitik abfedern. Vordringlich ist es, in Zeiten rasant steigender Verbraucherpreise Personen mit niedrigen Einkommen zu unterstützen. Das Existenzminimum gilt es sicherzustellen und Bezieher niedriger Erwerbseinkommen so weit besser zu stellen, dass Arbeitsanreize erhalten bleiben. Um Personen mit niedrigen Einkommen den Zugang zu mehr Waren und Dienstleistungen zu ermöglichen, müssen andere auf diese verzichten, sofern es keine ungenutzten Kapazitäten merklichen Ausmaßes gibt. Durch zusätzliche Staatsverschuldung besteht die Möglichkeit, vermehrt Güter aus dem Ausland zu beziehen. Eine expansive Fiskalpolitik hätte allerdings den Nachteil, dass zum einen andernorts die Knappheiten verschärft werden und wohl auch die Inflation hierzulande weitere Impulse erhielte. Insgesamt würde es der Geldpolitik erschwert, die Inflation im Euroraum einzuhegen. Eine Alternative bestünde darin, andere öffentliche Ausgaben zu reduzieren oder die Einnahmen durch Steuererhöhungen zu steigern, z.B. durch einen nur teilweisen Ausgleich der kalten Progression. Da der zeitweise massive Anstieg der Energiepreise Friktionen und damit auch Multiplikatoreffekte auslösen könnte, könnten Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen trotz des inflationären Umfelds die Konjunktur belasten. Sowohl eine stark expansive Politik als auch ein Verzicht auf Nettoneuverschuldung dürfte angesichts einer vorübergehend sehr hohen Inflation, die aber die Gefahr birgt, sich zu verfestigen, nicht optimal sein.

Die Rückkehr zur Schuldenbremse erlaubt aktuell ein gewisses Maß an expansiver Politik und begrenzt zugleich die fiskalische Expansion. Durch Rücklagen und Sondervermögen besteht die Möglichkeit, öffentliche Ausgaben in merklichem Ausmaß in den kommenden Jahren per Kredit zu finanzieren. Gerade in den bis in das Jahr 2023 anhaltenden Turbulenzen

bietet dies sinnvolle Spielräume für die Finanzpolitik. Zugleich ist es angesichts der zuvor beschriebenen permanenten Angebotsschocks geboten, den Expansionsgrad zu reduzieren, was bei Einhalten der Schuldenbremse automatisch erfolgt.

Kasten 1:
Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022

Die Prognose für das Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2022 haben wir in den vergangenen Quartalen ungewöhnlich deutlich angepasst. Während wir gegen Ende des vergangenen Jahres noch von einer kräftigen Erholung von der Pandemie mit einem Anstieg von 4 Prozent ausgegangenen waren, rechnen wir nun mit einer Zuwachsrate, die das Potenzialwachstum kaum übersteigt. Maßgeblich ist, dass die Inflation in diesem Jahr bei Weitem höher sein wird als zuvor erwartet und so die real verfügbaren Einkommen und in der Folge der Konsum der privaten Haushalte merklich niedriger ausfallen werden. Zudem belasten die Lieferengpässe die Produktion in diesem Jahr stärker als erwartet. Die Auswirkungen dieser Belastungsfaktoren haben sich durch den Krieg in der Ukraine noch einmal deutlich akzentuiert. Allerdings hatte sich schon vor Beginn des Krieges abgezeichnet, dass die Inflation höher ausfallen wird als zuvor erwartet und die Lieferketten wurden auch durch andere Störungen, wie Staus bei der Warenabwicklung an bedeutsamen Häfen, belastet. Der Pandemieverlauf hat dagegen nicht zur Abwärtsrevision der Prognose beigetragen. Insgesamt waren wir im Winter 2021 davon ausgegangen, dass die pandemiebedingten Belastungen – insbesondere mit Blick auf den Arbeitsausfall in der ersten Jahreshälfte gemessen – eher größer sein würden als sie wohl tatsächlich waren.

Nachdem wir im Winter 2021 von einer Inflationsrate von 2,6 Prozent für das laufende Jahr ausgegangen waren, habe wir unsere Prognose sukzessive nach oben angepasst und rechnen nun mit einer Rate von 8 Prozent. Ein wesentlicher Faktor für die Prognoseanpassungen sind die massiven Energiepreisanstiege. Die Preise für Rohstoffe sind nicht prognostizierbar, so dass für die Prognose Annahmen sowie Terminmarktpreise zugrunde gelegt werden. Mittlerweile gehen wir davon aus, dass die Preise für Rohöl der Sorte Brent im Jahresdurchschnitt um fast 50 Prozent höher liegen werden als im Winter 2021 erwartet. Die Marktpreise für Gas und Strom sind im Verlauf des Jahres sogar noch stärker gestiegen und haben sich alleine zwischen Juni und August nochmal verdoppelt.

Während sich die Auswirkungen von Ölpreisänderungen auf die Inflation recht gut anhand von empirischen Modellen abschätzen lassen, ist der ökonometrische Zusammenhang zwischen Marktpreisen und Verbraucherpreisen für Gas und Strom weniger stark ausgeprägt. Zum einen waren dort die Schwankungen in der Vergangenheit recht gering und zum anderen ist die zeitliche Verzögerung, mit der die Marktpreise an die Verbraucher weitergereicht werden, aufgrund institutioneller Gegebenheiten variabel. Deshalb werden zusätzlich zu den ökonometrischen Ansätzen bei der Prognose mehr und mehr die Energiepreise für Gas und Strom unter Berücksichtigung der institutionellen Gegebenheiten explizit projiziert und in die Inflationsprognose eingespeist. Insbesondere wird dabei berücksichtigt, dass sich die Marktpreise anders als beim Öl hier erst mit einiger Verzögerung in den Verbrauchpreisen widerspiegeln. Im Ergebnis gehen wir davon aus, dass der Preisauftrieb seitens der Energie noch deutlich länger hoch bleiben wird als dies rein ökonometrische Ansätze nahelegen.

Neben den Energiepreisen dürften auch die Lieferengpässe – die die Transportkosten massiv erhöht und das Angebot an Konsumgütern verknappt haben – sowie die durch die Pandemie große aufgestaute Kaufkraft und die damit verbunden hohe Zahlungsbereitschaft der privaten Haushalte die Inflation angefeuert haben. Der Einfluss dieser Faktoren auf die Inflation ist nur schwer abschätzbar, da keine historischen Erfahrungen dafür vorliegen.

Da die hohe Inflation vor allem durch externe Faktoren verursacht worden ist und die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte demzufolge nicht im gleichen Maße gestiegen sind, haben sich die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich schwächer entwickelt als von uns erwartet. In der Folge haben wir die Prognose für die privaten Konsumausgaben deutlich nach unten angepasst.

Die Lieferengpässe haben die gesamtwirtschaftliche Produktion spürbar beeinträchtigt. Für die zurückliegenden Prognosen waren wir davon ausgegangen, dass die Lieferengpässe sukzessive abnehmen werden und in der Folge die gute Auftragslage zu einer kräftig anziehenden Produktion im Verarbeitenden Gewerbe führen wird. Allerdings ist es zu immer wieder zu neuen Störungen in den internationalen Lieferketten gekommen, so dass die Industrieproduktion bislang deutlich schwächer als erwartet gestiegen ist. Verwendungsseitig zeigt sich dies in den sukzessive Abwärtsrevisionen bei den Exporten und Ausrüstungsinvestitionen.

Die großen Prognoseanpassungen bei einigen Verwendungskomponenten, wie dem staatlichen Konsum oder den Bauinvestitionen gehen jüngst auch zum Teil auf die vom Statistischen Bundesamt turnusmäßig für die vergangenen Jahre durchgeführten Revisionen zurück. Beim Bruttoinlandsprodukt haben die Revisionen jedoch nicht zur Abwärtskorrektur der Prognose für 2022 beigetragen. Für sich genommen haben die Revisionen zu einer um 0,3 Prozentpunkten höheren Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts geführt. Die Abwärtskorrektur unserer Prognose geht ausschließlich auf den nun erwarteten deutlich schwächeren Verlauf in der zweiten Jahreshälfte zurück.

Tabelle K1.1

Prognose und Prognosekorrektur für das Jahr 2022

	Winterprognose		Frühjahrsprognose		Sommerprognose		Herbstprognose (aktuell)	
	Prognose	Revision	Prognose	Revision (3)-(1)	Prognose	Revision (5)-(3)	Prognose	Revision (7)-(5)
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)
Inländische Verwendung	4,0	-1,3	2,8	-1,2	3,4	0,6	3,0	-0,4
Privater Konsum	5,7	-2,1	3,9	-1,8	3,4	-0,5	4,2	0,8
Staatlicher Konsum	-0,2	-0,2	1,1	1,3	0,3	-0,8	3,1	2,8
Ausrüstungen	8,2	-0,6	3,0	-5,2	1,9	-1,1	0,8	-1,1
Bauten	2,9	0,1	2,2	-0,7	1,6	-0,6	-1,8	-3,4
Sonst. Anlageinvestitionen	6,0	0,2	4,7	-1,3	1,1	-3,6	1,6	0,5
Vorratsveränderungen	-0,2	-0,2	-0,2	0,0	1,1	1,3	0,2	-0,9
Außenbeitrag	0,2	0,2	-0,5	-0,7	-1,2	-0,7	-1,4	-0,2
Ausfuhr	6,0	0,2	4,2	-1,8	3,4	-0,8	1,6	-1,8
Einfuhr	6,3	-0,2	5,9	-0,4	6,6	0,7	5,3	-1,3
Bruttoinlandsprodukt	4,0	-1,1	2,1	-1,9	2,1	0,0	1,4	-0,7
Weltwirtschaft:								
Bruttoinlandsprodukt								
USA	4,4	-0,5	3,1	-1,3	2,1	-1,0	1,9	-0,2
Euroraum ohne Deutschland	3,3	-0,7	3,0	-0,3	3,5	0,5	3,6	0,1
Weltwirtschaft	4,5	-0,5	3,5	-1,0	3,0	-0,5	2,9	-0,1
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	-1,1	-0,8	-1,2	-0,1	-1,7	-0,5	-1,9	-0,2
Exportmärkte	3,6	-0,5	2,8	-0,8	3,1	0,3	3,1	0,0
Nachrichtlich:								
Rohölpreis (US-Dollar je Barrel)	73,3	-	99,9	-	108,9	-	102,0	

Vorjahresveränderung in Prozent; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Bruttoinlandsprodukt Weltwirtschaft: Gewichtet gemäß Bruttoinlandsprodukt nach Marktwechselkursen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: Auf Basis der Verbraucherpreise gegenüber 60 Ländern, Anstieg bedeutet Verschlechterung; Exportmärkte: Auf Basis des Bruttoinlandsprodukts (preisbereinigt) in 59 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export; Rohölpreis: Werte sind Setzungen; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; US Department of Commerce, *National Economic Accounts*; Eurostat, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen*; eigene Berechnungen; Prognose des IfW Kiel.

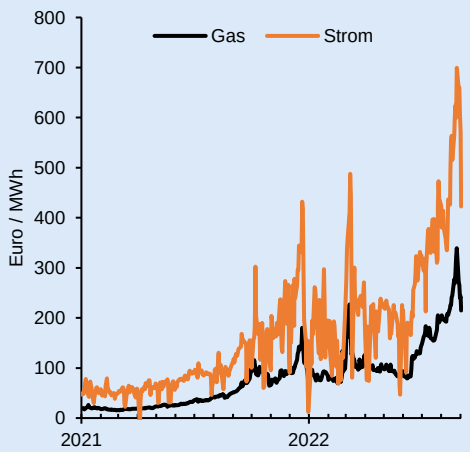
Kasten 2:
Zum Einfluss der jüngsten Gas- und Strompreisanstiege auf die Verbraucherpreise

Die Preise für Gas und Strom auf den Spotmärkten haben im Monat August neue Rekordniveaus von durchschnittlich 240€/MWh bzw. 500€/MWh erreicht (Abbildung K2-1). Gegenüber den durchschnittlichen Preisen im Zeitraum 2005 bis 2020 von 20€/MWh bzw. 40€/MWh haben sie sich somit mehr als verzehnfacht. In der Spitze waren sogar noch deutlich höhere Preise zu beobachten. Schon vor dem Krieg in der Ukraine waren die Spotpreise für Gas und Strom im zweiten Halbjahr 2021 auf durchschnittlich 65€/MWh bzw. 150€/MWh gestiegen. Mit Ausbruch des Krieges haben sie nochmals deutlich zugelegt. Seit Mitte Juli 2022 haben die Preise abermals kräftig angezogen und sich zuletzt auf einem Niveau von über 200€/MWh bzw. 500€/MWh verfestigt.

Abbildung K2-1

Entwicklung der Gas- und Strompreise auf dem Spot- und Terminmarkt

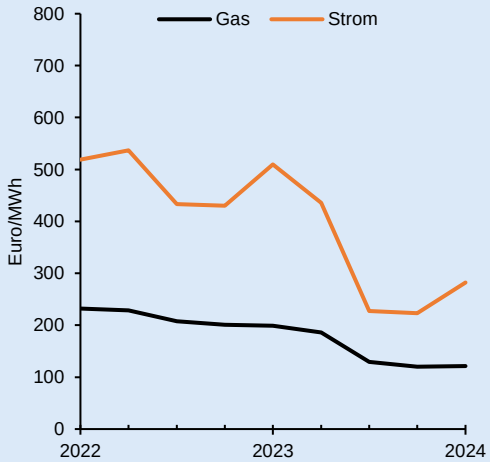
Spotmarkt



Tagesdaten für den Gas- (TTF) und Strompreis (Phelix) auf dem Spotmarkt.

Quelle: Refinitv.

Terminmarkt



Median über die Tagesdaten aus dem August 2022 für die jeweiligen Quartalsfutures für Gas (TTF) und Strom (Phelix) auf dem Terminmarkt.

Quelle: Refinitv.

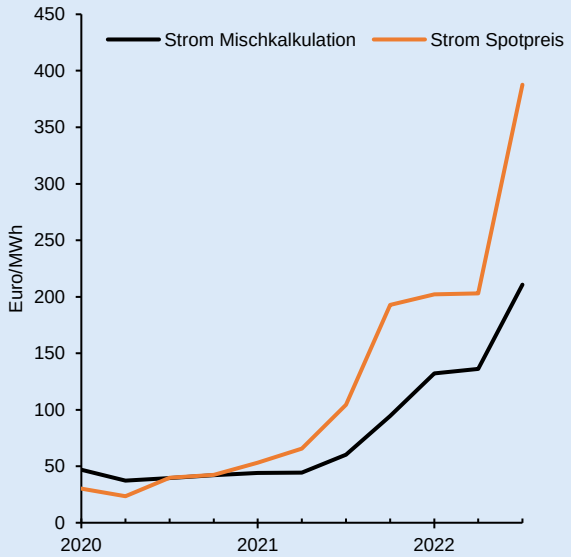
An den Terminmärkten bilden sich die Preiserwartungen für zukünftige Lieferungen. Blendet man in den zuletzt hochvolatilen Märkten Preisspitzen durch monatliche Medianwerte aus, so zeigt sich für die Preisbildung im August bei den Terminkontrakten für Lieferungen bis Ende 2024 ein nur allmähliches Sinken der zukünftig erwarteten Preise (Abbildung K2-1). Mit Preisen von über 100€/MWh bzw. 250€/MWh Ende 2024 sprechen die Markterwartungen dafür, dass hohe Gas- und Strompreise kein kurzfristiges Phänomen sind und sie längerfristig auf deutlich erhöhtem Niveau bleiben werden.

Diese Börsenpreise sind für den Einkauf der Gas- und Stromversorger relevant, aber deren Beschaffungspreise werden nicht nur von den Preisen an den Spotmärkten beeinflusst. Die Versorger sichern sich frühzeitig am Terminmarkt ab und vereinbaren im Voraus Preise für bestimmte Liefermengen. Zwar ist der Umfang dieser Termingeschäfte für einzelne Versorger nicht bekannt, allerdings können anhand von historischen Spot- und Terminkontrakten Beschaffungspreise abgeschätzt werden. Unterstellt man beispielsweise, dass die Versorger für das laufende Quartal in der Regel in den jeweils vergangenen vier Quartalen Lieferverträge abgeschlossen haben – dies ist plausibel, da die Versorger ihren Endkunden häufig Verträge mit einjähriger Laufzeit anbieten – und fehlende Mengen am Spotmarkt besorgen, dann würde sich der Beschaffungspreis zu 80 Prozent aus den Terminpreisen der vergangenen vier Quartale und zu 20 Prozent aus dem jeweiligen Sportmarktpreis ergeben. Die Beschaffungspreise von heute bilden sich demzufolge zu einem erheblichen Teil auch durch die gehandelten Terminmarktpreise des vergangenen Jahres. Im Ergebnis dürften daher die Beschaffungspreise der Versorger erst mit einiger Verzögerung die jüngsten kräftigen Preisanstiege an den Spotmärkten nachzeichnen (Abbildung K2-2). Während sich die Spotmarktpreise gegenüber ihrem langjährigen Durchschnitt verzehnfacht haben, haben sich die Beschaffungskosten dieser Mischkalkulation zufolge bislang verfünffacht. Je mehr Liefermengen die Versorger über den Spotmarkt beschaffen müssen, desto höher liegen derzeit auch ihre Beschaffungspreise. Freilich

werden sich diese dem Niveau des Sportmarktes allmählich angleichen, wenn dort – wie derzeit erwartet – die Preise länger auf hohem Niveau bleiben

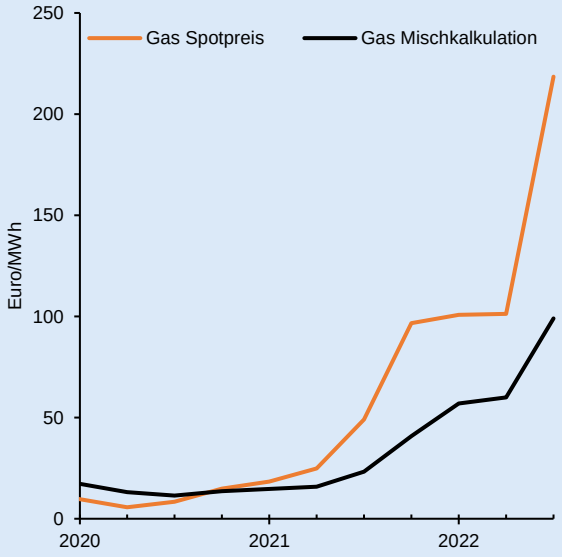
Abbildung K2-2

Beschaffungspreise für Gas und Strom aus Mischkalkulation im Vergleich zum Spotmarkt



Quartalsdurchschnitt für den Spotmarktpreis für Strom (Phelix). Mischkalkulation auf Basis von 20 Prozent Spotmarkt und 80 Prozent der vier vorangegangen Quartalsfutures. Berechnungen des IfW Kiel.

Quelle: Refinitiv.



Quartalsdurchschnitt für den Spotmarktpreis für Gas (TTF). Mischkalkulation auf Basis von 20 Prozent Spotmarkt und 80 Prozent der vier vorangegangen Quartalsfutures. Berechnungen des IfW Kiel.

Quelle: Refinitiv.

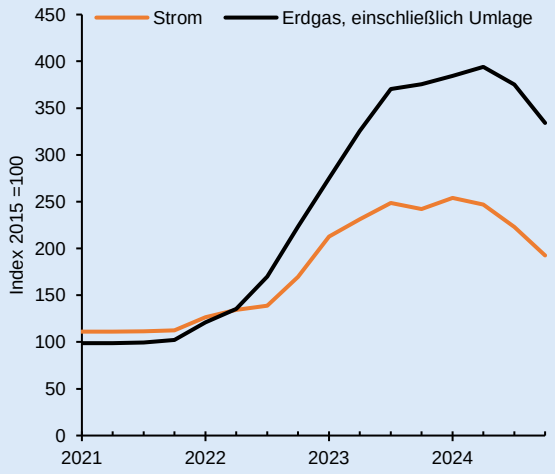
Für die Verbraucher sind neben den Beschaffungskosten noch weitere Preiselemente relevant. Beim Gas kommen zu den Beschaffungskosten Netzentgelte, die Erdgassteuer, die Konzessionsabgabe, der CO2-Preis und die Mehrwertsteuer hinzu (BDEW, 2022a). Beim Strom kommen das Netzentgelt, die Konzessionsabgabe, der KWK-Aufschlag, die 19§-StromNEV-Umlage, die Offshore-Netzumlage, die Umlage für abschaltbare Lasten, die Stromsteuer und die Mehrwertsteuer hinzu (BDEW, 2022b). Zusätzlich bestimmen die Kosten des Vertriebs und die Marge der Versorger den Endkundenpreis.

Der Erdgaspreis im vom Statistischen Bundesamt erhobenen Verbraucherpreisindex setzt sich jeweils rund zur Hälfte aus der Reihe „Erdgaspreis, ohne Umlage für den Betrieb einer Gaszentralheizung“ und der Reihe „Umlage für den Betrieb einer Gaszentralheizung“ zusammen. Die Umlage soll dabei die Gaspreise für Mieter abbilden, die für gewöhnlich im Jahresverlauf einen fixen Betrag für Gas zahlen, der nur einmal im Jahr an die Preise und den Verbrauch angepasst wird. Der Erdgaspreis, ohne Umlage für den Betrieb einer Gaszentralheizung lag im Juli rund 75 Prozent über seinem Vorjahreswert und spiegelt in seiner Struktur eine Mischung aus der Grundversorgung, einem Tarif beim Grundversorger und überregionalen Tarifen wider. Die Verhältnisse orientieren sich am jährlichen Monitoringbericht der Bundesnetzagentur (Bundesnetzagentur, 2018). Grundsätzlich gilt, dass die Preise im Bestand heute noch vergleichsweise günstig sind, da die Versorger sich langfristig am Terminmarkt Liefermengen zu den damaligen Preisen gesichert haben. Wenn jedoch diese Liefermengen nicht bedient werden können, muss auf dem Spotmarkt teuer nachgekauft werden. Dies ist zum Beispiel bei den Versorgern der Fall, für die Lieferungen aus Russland ausfallen. Ein ähnlicher Fall tritt bei Neukundentarifen ein. Die Versorger müssen für diese Kunden neue Mengen zu den derzeit teureren Preisen einkaufen. Diese Gründe dürften das starke Auseinanderlaufen der Preise in der Grundversorgung und bei Neukundentarifen erklären. Für Gas lässt sich das anhand der Daten des Vergleichsportals Verivox beobachten.[a] Die Erdgasreihe im Verbraucherpreisindex dürfte von den starken Bewegungen der Neukundentarife aber nur zum Teil beeinflusst sein, denn die Erdgasreihe bildet, wie beschrieben, eine Mischung ab, und es dürften immer noch relativ günstige Preise der Grundversorgung mit einfließen. Der Erdgaspreis, einschließlich Umlage für den Betrieb einer Gaszentralheizung lag mit einer Vorjahresrate von 52 Prozent im August noch niedriger, weil die Umlage den Preisverlauf über die vergangenen 12 Monate glättet und somit derzeit noch relativ niedrige Preise einfließen. Die Umlage ist somit - neben der Beschaffung von Gas auf den Terminmärkten durch die Versorger - ein weiterer Grund dafür, dass die Marktpreise für Gas sich erst mit einiger Verzögerung

vollständig im Verbraucherpreisindex widerspiegeln. Für die Strompreiskomponente gelten diese Überlegungen ebenfalls. Im Verbraucherpreisindex lag die Vorjahresrate für Strom im Juli bei 18 Prozent. Im Juni lag sie schon bei 22 Prozent, dabei hat die Abschaffung der EEG-Umlage im Juli den Anstieg gedämpft. Beim Strompreis gilt darüber hinaus analog, dass das Mischverhältnis zwischen der Grundversorgung, einem Tarif bei Grundversorger und überregionalen Tarifen das noch begrenzte Ansteigen der Strompreise im Verbraucherpreisindex erklären dürfte. Ein Grund für die geringere Vorjahresrate im Vergleich zum Erdgas dürfte darin liegen, dass die Grundversorgung beim Strom eine größere Rolle spielt.

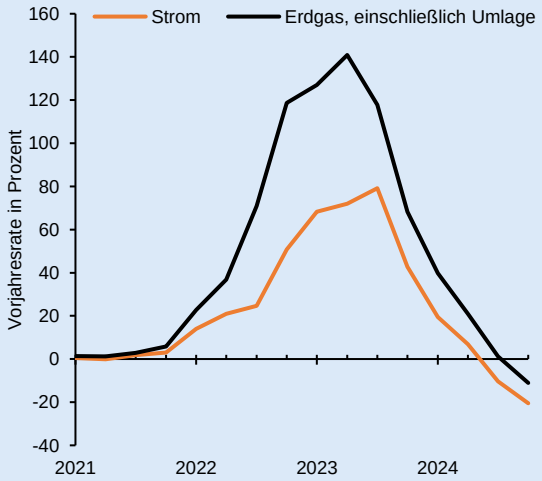
Um den Einfluss der Gas- und Strompreise auf die Inflation bis Ende 2024 abzuschätzen, werden mehrere Mischkalkulationen für die Beschaffungspreise – mit unterschiedlichen Anteilen für die Spotpreise – nach dem oben beschrieben Schema durchgeführt. Dazu werden die Beschaffungspreise mithilfe der Preise an den Terminmärkten fortgeschrieben. Als Annahme für die zukünftige Preisentwicklung verwenden wir dafür den Median der täglichen Terminmarktkurve für den Monat August (Abbildung K2-1). Diese Vorgehensweise entspricht der Annahme, dass die im August beobachteten Preisanstiege im Mittel die Knappheitsverhältnisse bei Gas und Strom widerspiegeln und über längere Zeit Bestand haben werden. Freilich besteht eine hohe Unsicherheit über die zukünftige Preisentwicklung von Gas und Strom. Im Verbund mit den relevanten Preiselementen auf Verbraucherebene wie Entgelte, Steuern und Umlagen werden aus dem Verlauf der Mischkalkulationen für Gas- und Strom die Verbraucherpreisreihen „Erdgas, ohne Umlage für den Betrieb einer Gaszentralheizung“ und die Strompreisreihe fortgeschrieben. Im Fall von „Erdgas, einschließlich Umlage“ wird zusätzlich eine Glättung über 4 Quartale vorgenommen, um den Verlauf der Reihe Umlage für den Betrieb einer Gaszentralheizung fortzuschreiben. Zusammengenommen ergibt sich dann der Verbraucherpreisindex „Erdgas, einschließlich Umlage für den Betrieb einer Gaszentralheizung“. Die fortgeschriebenen Verbraucherpreisreihen für Gas- und Strom dürften unter den getroffenen Annahmen erst Anfang 2024 ihre jeweiligen Höchstwerte erreichen (Abbildung K2-3). In den Verbraucherpreisindex gehen die Gas- und Strompreise mit einem Gewicht von 2,5 bzw. 2,6 Prozent ein. Die Beiträge von Gas und Strom auf die Inflation würden im Jahr 2023 - ohne politische Maßnahmen zur Deckelung der Preise - bei 3,9 bzw. 2,15 Prozentpunkten liegen. Preisdämpfend dürfte der jüngst angekündigte „Strompreisdeckel“ wirken. Die genaue Ausgestaltung ist jedoch noch unklar. Für unsere Prognose haben wir unterstellt, dass durch den Strompreisdeckel der an den Terminmärkten angelegte Anstieg der Strompreise im Jahr 2023 um 50 Prozent reduziert wird. Dies würde den Beitrag auf die Inflation um etwa 1 Prozentpunkt niedriger ausfallen lassen.

Abbildung K2-3
Fortschreibung der Gas- und Strompreisereihe im Verbraucherpreisindex



Fortschreibung der Verbraucherpreisreihe Erdgas, einschließlich Umlage (COICOP: 04521) und Strom (COICOP: 04510). Berechnungen des IfW Kiel.

Quelle: Refinitv.



Fortschreibung der Verbraucherpreisreihe Erdgas, einschließlich Umlage (COICOP: 04521) und Strom (COICOP: 04510). Berechnungen des IfW Kiel.

Quelle: Refinitv.

[a] https://www.verivox.de/gas/verbraucherpreisindex/

Literatur

Ademmer, M., N. Jannsen, S. Kooths und S. Mösle (2018). Zum Einfluss des Niedrigwassers auf die Konjunktur. Kiel Insight 2018.17.

Ademmer, M., N. Jannsen und S. Mösle (2020). Extreme weather events and economic activity: The case of low water levels on the Rhine river. Kiel Working Papers 2155.

BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) (2022a). Gaspreisanalyse. April

BDEW (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft) (2022b). Strompreisanalyse. Juli.

Beckmann, J. und N. Jannsen (2021). Bedeutung von Lieferengpässen für die laufende Produktion in Deutschland. IfW-Box 2021.09.

Beckmann, J., K.-J. Gern und N. Jannsen (2021). Lieferengpässe bleiben Belastungsfaktor. Wirtschaftsdienst 101(11): 915-916.

Bundesnetzagentur (2018). Monitoringbericht 2018.

Carstensen, K., S. Elstner und G. Paula (2013). How Much Did Oil Market Developments Contribute to the 2009 Recession in Germany? Scandinavian Journal of Economics 115(3): 695-721.

Deutsche Bundesbank (2022). Perspektiven der deutschen Wirtschaft für die Jahre 2022 bis 2024. Monatsbericht, Juni.

Gern, K.-J., S. Kooths, J. Reents, N. Sonnenberg und U. Stolzenburg (2022). Stockende Expansion der Weltwirtschaft. Weltwirtschaft im Herbst 2022. Kieler Konjunkturberichte Nr. 93.

Görg, H., A. Jacobs und S. Meuchelböck (2022). War in Ukraine and Western sanctions – How vulnerable are German firms?. Kiel Policy Brief – Ukraine Special No. 2 (Juni 2022).

Hauber, P. (2018). Zur Kurzfristprognose mit Faktormodellen und Prognoseanpassungen. IfW-Box 2018.5.

Jannsen, N. (2022). Wie stark belasten pandemiebedingte Arbeitsausfälle die Wirtschaftsleistung? Kiel Insight 3.2022.

Kilian, L. (2009). Not All Oil Price Shocks Are Alike: Disentangling Demand and Supply Shocks in the Crude Oil Market. American Economic Review 99(3): 1053-1069.

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2022). Gefahr einer Gaslücke gegenüber April deutlich verringert – aber Versorgungsrisiken bleiben. Sonderauswertung, Juni 2022.

Tabellenanhang

Tabelle 11:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2021–2024

	2021	2021	2022	2023	2024
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Aufkommen und Verwendung in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		2,6	1,4	-0,7	1,7
Private Konsumausgaben		0,4	4,2	-2,1	0,9
Konsumausgaben des Staates		3,8	3,1	-0,2	0,5
Anlageinvestitionen		1,2	-0,4	0,6	4,0
Ausrüstungsinvestitionen		3,5	0,8	1,1	5,7
Bauinvestitionen		0,0	-1,8	-0,4	2,9
Sonstige Anlagen		1,1	1,6	3,0	4,7
Vorratsveränderung		0,5	0,2	0,0	0,0
Inländische Verwendung		1,9	3,0	-1,0	1,5
Ausfuhr		9,7	1,6	1,6	4,2
Einfuhr		9,0	5,3	1,0	4,0
Außenbeitrag		0,8	-1,4	0,3	0,2
Aufkommen und Verwendung in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	3.601,8	5,8	6,8	4,4	4,7
Private Konsumausgaben	1.773,8	3,5	11,5	5,1	3,8
Konsumausgaben des Staates	797,5	6,6	7,4	3,4	3,3
Anlageinvestitionen	783,8	6,5	10,3	4,8	5,7
Ausrüstungsinvestitionen	229,4	5,5	7,3	4,2	7,4
Bauinvestitionen	416,7	8,3	13,7	5,0	4,5
Sonstige Anlagen	137,7	2,9	4,9	4,9	6,8
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		55,1	72,0	76,0	80,1
Inländische Verwendung	3.410,2	6,1	10,6	4,7	4,2
Ausfuhr	1.693,9	15,6	14,2	9,1	6,6
Einfuhr	1.502,4	18,0	23,6	9,7	5,8
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		191,6	77,0	71,5	94,2
Bruttonationaleinkommen	3.729,5	6,4	6,6	4,3	4,6
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		3,1	5,3	5,2	2,9
Private Konsumausgaben		3,1	7,0	7,4	2,9
Konsumausgaben des Staates		2,7	4,2	3,7	2,8
Ausrüstungsinvestitionen		1,9	6,5	3,1	1,6
Bauinvestitionen		8,3	15,8	5,4	1,5
Sonstige Anlagen		1,8	3,2	1,8	2,0
Ausfuhr		5,4	12,4	7,3	2,4
Einfuhr		8,3	17,5	8,6	1,7
Nachrichtlich: Verbraucherpreise		3,1	8,0	8,7	3,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	2.743,4	6,7	2,8	4,2	4,8
Arbeitnehmerentgelt	1.918,0	3,5	5,8	4,9	5,0
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		69,9	72,0	72,4	72,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	825,4	15,0	-4,3	2,6	4,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	2.031,2	2,1	6,5	3,0	4,8
Sparquote (Prozent)		15,1	11,0	9,1	9,9
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1.570,6	3,7	6,2	4,9	4,9
Effektivlohn, Stundenbasis		1,6	4,0	5,7	4,3
Lohnstückkosten, Stundenbasis		0,7	4,1	5,6	2,9
Produktivität, Stundenbasis		0,9	-0,6	0,1	1,5
Arbeitslose (1 000)		2.613	2.414	2.566	2.579
Arbeitslosenquote (Prozent)		5,7	5,3	5,6	5,5
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		44.980	45.556	45.601	45.428
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-134,3	-64,5	-88,8	-89,0
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-3,7	-1,7	-2,2	-2,1
Öffentliche Schulden (Prozent)		68,7	66,9	65,9	64,6

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; grau hinterlegt: Prognose des IfW Kiel.

Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Bruttoinlandsproduktes									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,3	0,1	- 0,4	1,5	1,1	0,4	- 0,2	- 0,5	- 0,3
Arbeitsvolumen	2,0	- 0,8	0,2	2,1	2,0	0,1	- 1,6	- 0,3	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,8	- 0,9	0,6	0,6	0,9	- 0,3	- 1,4	0,2	0,9
Produktivität [1]	- 0,6	0,1	1,5	0,7	- 1,9	- 1,0	1,2	1,4	1,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,4	- 0,7	1,7	2,8	0,1	- 0,9	- 0,5	1,1	2,2
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 833,8	2 964,8	3 073,4	1 372,1	1 461,7	1 444,9	1 520,0	1 502,7	1 570,7
Private Haushalte [2]	1 977,3	2 079,1	2 158,4	955,5	1 021,8	1 017,8	1 061,3	1 059,5	1 098,9
Staat	856,5	885,7	915,1	416,5	439,9	427,1	458,6	443,2	471,9
Anlageinvestitionen	864,6	905,9	957,6	416,9	447,7	437,3	468,6	460,9	496,7
Ausrüstungen	246,2	256,7	275,7	117,7	128,5	122,0	134,7	130,5	145,2
Bauten	474,0	497,7	520,1	230,6	243,4	244,0	253,8	254,4	265,7
Sonstige Anlageinvestitionen	144,4	151,5	161,8	68,6	75,8	71,3	80,1	76,0	85,8
Vorratsveränderung [3]	72,0	76,0	80,1	46,9	25,1	45,4	30,7	48,3	31,8
Inländische Verwendung	3 770,4	3 946,7	4 111,1	1 835,8	1 934,6	1 927,5	2 019,2	2 011,9	2 099,2
Außenbeitrag	77,0	71,5	94,2	46,6	30,3	41,6	29,9	46,3	47,9
Exporte	1 934,5	2 109,7	2 249,8	937,9	996,6	1 034,4	1 075,3	1 108,5	1 141,3
Importe	1 857,6	2 038,2	2 155,6	891,3	966,3	992,8	1 045,4	1 062,2	1 093,4
Bruttoinlandsprodukt	3 847,3	4 018,3	4 205,3	1 882,4	1 964,9	1 969,1	2 049,1	2 058,2	2 147,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	10,2	4,6	3,7	12,3	8,3	5,3	4,0	4,0	3,3
Private Haushalte [2]	11,5	5,1	3,8	14,2	9,0	6,5	3,9	4,1	3,5
Staat	7,4	3,4	3,3	8,2	6,7	2,5	4,3	3,8	2,9
Anlageinvestitionen	10,3	4,8	5,7	11,4	9,3	4,9	4,7	5,4	6,0
Ausrüstungen	7,3	4,2	7,4	6,6	8,0	3,6	4,8	7,0	7,8
Bauten	13,7	5,0	4,5	16,0	11,6	5,8	4,3	4,3	4,7
Sonstige Anlageinvestitionen	4,9	4,9	6,8	5,3	4,6	4,0	5,7	6,5	7,1
Inländische Verwendung	10,6	4,7	4,2	12,9	8,5	5,0	4,4	4,4	4,0
Exporte	14,2	9,1	6,6	15,4	13,1	10,3	7,9	7,2	6,1
Importe	23,6	9,7	5,8	27,5	20,3	11,4	8,2	7,0	4,6
Bruttoinlandsprodukt	6,8	4,4	4,7	8,2	5,5	4,6	4,3	4,5	4,8
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)									
a) Mrd. EUR									
Konsumausgaben	2 423,0	2 385,3	2 404,0	1 197,3	1 225,7	1 182,7	1 202,6	1 182,8	1 221,3
Private Haushalte [2]	1 695,9	1 659,9	1 674,7	836,6	859,3	825,4	834,5	823,2	851,5
Staat	725,3	723,6	727,4	359,7	365,6	356,4	367,2	358,6	368,8
Anlageinvestitionen	669,8	673,9	700,8	329,0	340,7	326,2	347,7	338,4	362,4
Ausrüstungen	217,5	220,0	232,5	105,1	112,5	104,8	115,2	110,3	122,2
Bauten	323,0	321,7	331,0	161,7	161,2	158,0	163,7	162,4	168,6
Sonstige Anlageinvestitionen	128,6	132,5	138,7	61,4	67,2	62,8	69,7	65,6	73,1
Inländische Verwendung	3 114,7	3 082,4	3 129,8	1 544,2	1 570,5	1 527,3	1 555,1	1 541,4	1 588,4
Exporte	1 598,3	1 624,5	1 692,3	795,9	802,5	807,1	817,4	836,2	856,2
Importe	1 469,2	1 484,1	1 543,6	725,1	744,1	734,0	750,2	758,3	785,3
Bruttoinlandsprodukt	3 249,3	3 227,1	3 281,1	1 617,3	1 632,0	1 602,7	1 624,4	1 620,9	1 660,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,9	- 1,6	0,8	6,4	1,5	- 1,2	- 1,9	0,0	1,6
Private Haushalte [2]	4,2	- 2,1	0,9	8,0	0,8	- 1,3	- 2,9	- 0,3	2,0
Staat	3,1	- 0,2	0,5	3,2	3,0	- 0,9	0,4	0,6	0,4
Anlageinvestitionen	- 0,4	0,6	4,0	0,1	- 0,9	- 0,9	2,0	3,7	4,2
Ausrüstungen	0,8	1,1	5,7	0,6	1,0	- 0,2	2,4	5,2	6,1
Bauten	- 1,8	- 0,4	2,9	- 0,7	- 2,8	- 2,3	1,5	2,8	3,0
Sonstige Anlageinvestitionen	1,6	3,0	4,7	1,7	1,5	2,3	3,6	4,4	5,0
Inländische Verwendung	3,0	- 1,0	1,5	4,9	1,2	- 1,1	- 1,0	0,9	2,1
Exporte	1,6	1,6	4,2	2,6	0,7	1,4	1,9	3,6	4,7
Importe	5,3	1,0	4,0	7,4	3,3	1,2	0,8	3,3	4,7
Bruttoinlandsprodukt	1,4	- 0,7	1,7	2,8	0,1	- 0,9	- 0,5	1,1	2,2

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen
Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben [2]	7,0	7,4	2,9	5,8	8,1	8,0	7,0	4,4	1,5
Konsumausgaben des Staates	4,2	3,7	2,8	4,9	3,5	3,5	3,8	3,1	2,4
Anlageinvestitionen	10,8	4,1	1,6	11,3	10,4	5,8	2,6	1,6	1,7
Ausrüstungen	6,5	3,1	1,6	6,0	6,9	3,9	2,4	1,7	1,6
Bauten	15,8	5,4	1,5	16,9	14,8	8,3	2,7	1,5	1,6
Exporte	12,4	7,3	2,4	12,5	12,3	8,8	5,9	3,4	1,3
Importe	17,5	8,6	1,7	18,8	16,4	10,0	7,3	3,6	- 0,1
Bruttoinlandsprodukt	5,3	5,2	2,9	5,2	5,5	5,6	4,8	3,4	2,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Mrd.EUR									
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	2 630,3	2 708,7	2 832,4	1 291,2	1 339,1	1 332,6	1 376,1	1 391,1	1 441,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	361,6	379,2	399,0	174,0	187,6	182,8	196,4	192,1	206,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 668,1	1 750,1	1 836,5	788,9	879,2	833,0	917,1	872,7	963,8
Übrige Primäreinkommen [4]	600,5	579,5	596,9	328,3	272,2	316,8	262,7	326,3	270,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	560,8	610,7	649,9	256,4	304,4	274,9	335,8	292,6	357,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 191,1	3 319,4	3 482,3	1 547,6	1 643,5	1 607,5	1 712,0	1 683,7	1 798,6
Abschreibungen	785,2	827,5	856,9	386,6	398,6	413,5	414,1	427,9	429,0
Bruttonationaleinkommen	3 976,3	4 147,0	4 339,2	1 934,2	2 042,1	2 020,9	2 126,0	2 111,6	2 227,6
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 820,2	2 939,1	3 080,0	1 371,1	1 449,1	1 421,2	1 517,9	1 487,0	1 593,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	790,5	809,9	844,5	408,2	382,3	405,4	404,5	422,2	422,3
Arbeitnehmerentgelt	2 029,7	2 129,2	2 235,5	962,9	1 066,9	1 015,8	1 113,4	1 064,8	1 170,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte [2]	6,7	3,0	4,6	7,9	5,6	3,2	2,8	4,4	4,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	4,1	4,9	5,2	3,4	4,7	5,1	4,7	5,1	5,4
Bruttolöhne und -gehälter	6,2	4,9	4,9	6,7	5,7	5,6	4,3	4,8	5,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,6	4,7	5,2	4,9	4,4	5,0	4,4	5,2	5,3
Übrige Primäreinkommen [4]	9,8	- 3,5	3,0	13,5	5,6	- 3,5	- 3,5	3,0	3,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	0,2	8,9	6,4	2,7	- 1,7	7,2	10,3	6,5	6,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	5,5	4,0	4,9	7,0	4,1	3,9	4,2	4,7	5,1
Abschreibungen	11,4	5,4	3,6	12,3	10,5	7,0	3,9	3,5	3,6
Bruttonationaleinkommen	6,6	4,3	4,6	8,0	5,3	4,5	4,1	4,5	4,8
nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2,8	4,2	4,8	4,2	1,5	3,7	4,7	4,6	4,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	- 4,2	2,5	4,3	- 0,1	- 8,3	- 0,7	5,8	4,2	4,4
Arbeitnehmerentgelt	5,8	4,9	5,0	6,1	5,6	5,5	4,4	4,8	5,1
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte [2]									
a) Mrd.EUR									
Masseneinkommen	1 686,6	1 774,5	1 868,2	790,8	895,7	850,3	924,3	894,7	973,5
Nettolöhne und -gehälter	1 124,8	1 188,5	1 251,5	526,9	598,0	561,7	626,7	590,6	660,9
Monetäre Sozialleistungen	707,9	739,5	776,9	335,9	372,1	364,1	375,4	383,1	393,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	146,2	153,4	160,2	71,9	74,3	75,6	77,9	79,0	81,2
Übrige Primäreinkommen [4]	600,5	579,5	596,9	328,3	272,2	316,8	262,7	326,3	270,6
Sonstige Transfers (Saldo) [5]	- 123,2	- 125,0	- 129,9	- 59,7	- 63,5	- 60,2	- 64,8	- 62,5	- 67,4
Verfügbares Einkommen	2 163,9	2 229,0	2 335,3	1 059,5	1 104,4	1 106,9	1 122,1	1 158,5	1 176,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	59,0	59,3	59,6	28,6	30,3	28,8	30,5	28,9	30,6
Konsumausgaben	1 977,3	2 079,1	2 158,4	955,5	1 021,8	1 017,8	1 061,3	1 059,5	1 098,9
Sparen	245,6	209,2	236,4	132,6	113,0	117,9	91,3	128,0	108,5
Sparquote (%) [6]	11,0	9,1	9,9	12,2	10,0	10,4	7,9	10,8	9,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	5,7	5,2	5,3	3,0	8,2	7,5	3,2	5,2	5,3
Nettolöhne und -gehälter	5,9	5,7	5,3	6,4	5,4	6,6	4,8	5,1	5,4
Monetäre Sozialleistungen	4,6	4,5	5,1	- 2,5	12,1	8,4	0,9	5,2	4,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	1,8	4,9	4,4	0,1	3,4	5,1	4,8	4,5	4,3
Übrige Primäreinkommen [4]	9,8	- 3,5	3,0	13,5	5,6	- 3,5	- 3,5	3,0	3,0
Verfügbares Einkommen	6,5	3,0	4,8	5,1	8,0	4,5	1,6	4,7	4,9
Konsumausgaben	11,5	5,1	3,8	14,2	9,0	6,5	3,9	4,1	3,5
Sparen	- 22,3	- 14,8	13,0	- 33,8	- 2,3	- 11,1	- 19,2	8,6	18,8

noch: Wichtige Größen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Vorausschätzung für die Jahre 2022 bis 2024

	2022	2023	2024	2022		2023		2024	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates [7]									
a) Mrd.EUR									
Einnahmen									
Steuern	953,1	963,4	1 004,2	464,4	488,7	469,5	493,8	488,5	515,8
Sozialbeiträge	667,8	706,8	748,8	321,4	346,4	341,5	365,3	361,4	387,4
Vermögenseinkommen	14,1	13,6	13,1	7,2	6,9	6,9	6,6	6,7	6,4
Sonstige Transfers	27,1	28,6	30,0	11,2	16,0	11,9	16,7	12,5	17,4
Vermögenstransfers	21,8	23,0	24,3	8,9	12,9	9,5	13,5	10,1	14,2
Verkäufe	142,3	150,4	157,4	66,2	76,1	70,0	80,4	73,0	84,4
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 826,4	1 885,9	1 978,0	879,4	947,0	909,4	976,5	952,3	1 025,7
Ausgaben									
Vorleistungen [1]	601,3	621,7	642,5	290,0	311,3	297,2	324,5	308,5	334,0
Arbeitnehmerentgelt	306,4	316,5	328,5	148,2	158,2	151,5	165,0	157,5	171,0
Vermögenseinkommen (Zinsen)	24,2	26,5	28,9	12,7	11,5	13,8	12,7	15,0	13,9
Subventionen	53,7	52,6	50,2	28,6	25,1	25,6	26,9	24,4	25,7
Monetäre Sozialleistungen	641,4	672,4	709,3	302,6	338,8	330,5	341,9	349,2	360,1
Sonstige laufende Transfers	93,2	98,0	99,9	44,1	49,1	46,4	51,6	47,3	52,7
Vermögenstransfers	62,7	74,7	77,0	22,8	39,9	28,3	46,4	28,9	48,0
Bruttoinvestitionen	109,0	113,6	131,8	43,9	65,1	44,0	69,6	56,0	75,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 1,1	- 1,1	- 1,1	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,6
Insgesamt	1 890,9	1 974,7	2 067,0	892,4	998,5	936,7	1 038,0	986,2	1 080,7
Finanzierungssaldo	- 64,5	- 88,8	- 89,0	- 13,0	- 51,5	- 27,3	- 61,5	- 33,9	- 55,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	8,6	1,1	4,2	11,6	5,8	1,1	1,0	4,0	4,4
Sozialbeiträge	5,4	5,8	5,9	5,0	5,7	6,3	5,5	5,8	6,0
Vermögenseinkommen	- 7,1	- 3,7	- 3,5	- 11,0	- 2,6	- 4,1	- 3,4	- 3,8	- 3,1
Sonstige Transfers	- 9,7	5,2	5,0	- 24,9	5,2	6,0	4,7	5,7	4,5
Vermögenstransfers	7,3	5,7	5,6	5,4	8,7	6,8	5,0	6,6	4,9
Verkäufe	5,7	5,7	4,7	7,3	4,3	5,7	5,7	4,4	4,9
Sonstige Subventionen	25,5	0,0	0,0	65,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	6,7	3,3	4,9	7,9	5,6	3,4	3,1	4,7	5,0
Ausgaben									
Vorleistungen [1]	7,8	3,4	3,3	9,0	6,8	2,5	4,2	3,8	2,9
Arbeitnehmerentgelt	4,1	3,3	3,8	4,7	3,5	2,2	4,3	3,9	3,6
Vermögenseinkommen (Zinsen)	16,4	9,5	9,1	14,5	18,5	8,7	10,4	8,7	9,4
Subventionen	- 51,8	- 2,2	- 4,6	- 50,1	- 53,7	- 10,5	7,2	- 4,7	- 4,5
Monetäre Sozialleistungen	5,0	4,8	5,5	- 3,0	13,3	9,2	0,9	5,6	5,3
Sonstige laufende Transfers	3,1	5,1	2,0	1,7	4,4	5,1	5,1	1,9	2,1
Vermögenstransfers	- 7,9	19,1	3,1	11,6	- 16,2	24,2	16,2	2,3	3,6
Bruttoinvestitionen	16,7	4,2	16,1	10,2	21,6	0,2	6,9	27,4	9,0
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 6,4	0,0	0,0	- 12,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	2,4	4,4	4,7	0,2	4,5	5,0	4,0	5,3	4,1

[1] Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.
[2] Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
[3] Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.
[4] Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.
[5] Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.
[6] Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).
[7] Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.
[8] Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18*; Berechnungen und Prognosen des IfW Kiel.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2022				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 465,6	2 333,3	397,8	734,5	–
2	–	Abschreibungen	785,2	447,6	99,2	238,4	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 680,4	1 885,7	298,6	496,1	– 77,0
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 025,3	1 465,4	306,4	253,5	18,0
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	38,8	27,1	0,4	11,3	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	44,5	35,1	0,2	9,2	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	660,7	428,2	– 8,1	240,6	– 95,0
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 029,7	–	–	2 029,7	13,6
9	–	Geleistete Subventionen	53,7	–	53,7	–	4,7
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	424,6	–	424,6	–	10,0
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	688,9	647,8	24,2	17,0	223,2
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	817,9	426,9	14,1	377,0	94,3
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 190,3	207,4	352,7	2 630,3	– 205,1
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	516,0	123,3	–	392,7	13,1
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	528,5	–	528,5	–	0,6
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	810,8	–	–	810,8	4,5
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	810,8	142,2	667,8	0,9	4,4
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	716,0	73,7	641,4	0,9	0,4
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	707,9	–	–	707,9	8,4
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	404,8	216,4	93,2	95,2	69,5
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	342,7	191,1	27,1	124,5	131,6
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 132,7	127,3	841,5	2 163,9	– 147,6
23	–	Konsumausgaben	2 833,8	–	856,5	1 977,3	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,0	–	59,0	–
25	=	Sparen	299,0	68,3	– 15,0	245,6	– 147,6
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	101,6	21,4	62,7	17,4	6,9
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	91,3	44,9	21,8	24,7	17,1
28	–	Bruttoinvestitionen	936,6	541,0	109,0	286,6	–
29	+	Abschreibungen	785,2	447,6	99,2	238,4	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,5	1,0	– 1,1	0,7	– 0,5
31	=	Finanzierungssaldo	136,8	– 2,6	– 64,5	204,0	– 136,8
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 132,7	127,3	841,5	2 163,9	– 147,6
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	547,0	–	547,0	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	547,0	–	–	547,0	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 132,7	127,3	294,5	2 711,0	– 147,6
38	–	Konsum 2)	2 833,8	–	309,4	2 524,3	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,0	–	59,0	–
40	=	Sparen	299,0	68,3	– 15,0	245,6	– 147,6

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Hauptaggregate der Sektoren*.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2023				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 631,0	2 460,9	414,8	755,2	–
2	–	Abschreibungen	827,5	469,3	107,0	251,3	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 803,4	1 991,6	307,8	504,0	– 71,5
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 124,8	1 545,5	316,5	262,8	18,9
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	39,6	27,7	0,4	11,5	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	41,8	33,0	0,2	8,7	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	680,8	451,3	– 8,9	238,3	– 90,4
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 129,2	–	–	2 129,2	14,5
9	–	Geleistete Subventionen	52,6	–	52,6	–	4,7
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	432,9	–	432,9	–	9,6
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	671,2	627,8	26,5	16,9	221,0
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	800,3	428,6	13,6	358,1	91,9
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 319,4	252,2	358,5	2 708,7	– 200,2
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	517,4	119,8	–	397,6	13,7
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	530,5	–	530,5	–	0,6
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	853,0	–	–	853,0	4,6
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	853,3	145,6	706,8	0,9	4,3
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	748,8	75,5	672,4	0,9	0,4
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	739,5	–	–	739,5	9,7
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	418,5	221,8	98,0	98,8	72,0
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	355,6	196,9	28,6	130,1	134,9
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 260,6	177,6	854,0	2 229,0	– 141,4
23	–	Konsumausgaben	2 964,8	–	885,7	2 079,1	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,3	–	59,3	–
25	=	Sparen	295,8	118,4	– 31,8	209,2	– 141,4
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	115,5	22,5	74,7	18,3	6,5
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	101,5	52,5	23,0	25,9	20,5
28	–	Bruttoinvestitionen	981,9	567,8	113,6	300,6	–
29	+	Abschreibungen	827,5	469,3	107,0	251,3	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,5	1,0	– 1,1	0,7	– 0,5
31	=	Finanzierungssaldo	126,9	48,9	– 88,8	166,8	– 126,9
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 260,6	177,6	854,0	2 229,0	– 141,4
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	566,7	–	566,7	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	566,7	–	–	566,7	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 260,6	177,6	287,2	2 795,8	– 141,4
38	–	Konsum 3)	2 964,8	–	319,0	2 645,9	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,3	–	59,3	–
40	=	Sparen	295,8	118,4	– 31,8	209,2	– 141,4

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.

Hauptaggregate der Sektoren
Mrd. EUR

		Gegenstand der Nachweisung	2024				
			Gesamte Volkswirtschaft	Nichtfinanzielle und finanzielle Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
			S 1	S 11/S12	S 13	S 14/S 15	S 2
1	=	Bruttowertschöpfung	3 801,6	2 586,4	430,4	784,7	–
2	–	Abschreibungen	856,9	485,3	111,5	260,2	–
3	=	Nettowertschöpfung 1)	2 944,7	2 101,1	319,0	524,6	– 94,2
4	–	Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 231,1	1 629,2	328,5	273,4	19,7
5	–	Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,5	29,1	0,4	12,0	–
6	+	Empfangene sonstige Subventionen	37,8	29,9	0,2	7,7	–
7	=	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	709,9	472,7	– 9,8	246,9	– 113,8
8	+	Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 235,5	–	–	2 235,5	15,2
9	–	Geleistete Subventionen	50,2	–	50,2	–	4,7
10	+	Empfangene Produktions- und Importabgaben	452,4	–	452,4	–	9,9
11	–	Geleistete Vermögenseinkommen	705,2	659,2	28,9	17,1	232,1
12	+	Empfangene Vermögenseinkommen	839,8	459,7	13,1	367,1	97,4
13	=	Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 482,3	273,2	376,7	2 832,4	– 228,1
14	–	Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	538,3	128,5	–	409,8	14,1
15	+	Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	551,8	–	551,8	–	0,6
16	–	Geleistete Nettosozialbeiträge 2)	897,9	–	–	897,9	4,7
17	+	Empfangene Nettosozialbeiträge 2)	898,4	148,7	748,8	0,9	4,2
18	–	Geleistete monetäre Sozialleistungen	787,3	77,1	709,3	0,9	0,4
19	+	Empfangene monetäre Sozialleistungen	776,9	–	–	776,9	10,7
20	–	Geleistete sonstige laufende Transfers	432,9	230,6	99,9	102,4	74,6
21	+	Empfangene sonstige laufende Transfers	369,3	203,3	30,0	136,0	138,3
22	=	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 422,2	189,0	898,0	2 335,3	– 168,0
23	–	Konsumausgaben	3 073,4	–	915,1	2 158,4	–
24	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,6	–	59,6	–
25	=	Sparen	348,8	129,4	– 17,1	236,4	– 168,0
26	–	Geleistete Vermögenstransfers	119,8	23,6	77,0	19,2	6,7
27	+	Empfangene Vermögenstransfers	105,6	55,1	24,3	26,2	21,0
28	–	Bruttoinvestitionen	1 037,7	591,8	131,8	314,1	–
29	+	Abschreibungen	856,9	485,3	111,5	260,2	–
30	–	Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	0,5	1,0	– 1,1	0,7	– 0,5
31	=	Finanzierungssaldo	153,3	53,4	– 89,0	188,9	– 153,3
		Nachrichtlich:					
34		Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 422,2	189,0	898,0	2 335,3	– 168,0
35	–	Geleistete soziale Sachtransfers	584,9	–	584,9	–	–
36	+	Empfangene soziale Sachtransfers	584,9	–	–	584,9	–
37	=	Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 422,2	189,0	313,1	2 920,2	– 168,0
38	–	Konsum 2)	3 073,4	–	330,2	2 743,3	–
39	+	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	– 59,6	–	59,6	–
40	=	Sparen	348,8	129,4	– 17,1	236,4	– 168,0

1) Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. – 2) Sozialbeiträge einschl. Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.- 3) Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt, Hauptaggregate der Sektoren.